

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie die Expedition  
Berlin S. 66, Urbanstr. 63 I.

Inserate  
pro vierstellige Zeile 60 Pf.,  
Stellensuche 40 Pf., für Verbandsmitglieder 20 Pf., Verbandsangelegenheiten 20 Pf., Privatangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 32.

Berlin, den 3. August 1912.

28. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Diejenigen Zahlstellen und Gaue, die eine Abrechnung für das 2. Quartal noch nicht an die Verbandskasse eingeliefert haben, werden ersucht, unverzüglich ihren Verpflichtungen nachzukommen.

2. Das neue Adressenverzeichnis ist in der abgelaufenen Woche an alle Zahlstellen- und Gaubehörden versandt worden. Sollte die Sendung bis zum 3. August noch nicht eingetroffen sein, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung, um Nachlieferung bewirken zu können.

Der Verbandsvorstand.

## Otto Zipperer †

Der Vorsitzende unseres Verbandsausschusses weilt nicht mehr unter den Lebenden. Am 25. Juli wurde seinem Wirken nachts 12 Uhr mitten in einer Versammlung des Leipziger Gewerkschaftskartells ein Ziel gesetzt. In dieser Versammlung stand ein Antrag auf Erhöhung des Gesellschaftskapitals für das Volkshaus zur Beratung, den Zipperer als Aufsichtsratsmitglied glaubte nachdrücklich vertreten zu müssen. Eine Reihe durchschlagender Argumente hatte er bereits mit ständig zunehmender Erregung vorgetragen. Aber das war zu viel, und als sich die Folgen dieser Erregung einstellten, da war es zu spät, Einhalt zu tun. Mit dem Hinweis, daß er infolge eines Herzfehlers nicht weiter reden könne, suchte er seine Rede entschuldigend abzubrechen. Da taumelte er schon auf den Stuhl zurück — der Mund Zipperers war für immer verstummt.

Am 26. Juli 1864 geboren, hätte er in wenigen Minuten seinen 48. Geburtstag begehen können. Seine Lieben hatten ihm bereits den Geburtstagsstisch bereitet und warteten seiner. Statt des Erwarteten erschienen jedoch die Woten und melbeten das Hinscheiden des Gatten und Vaters.

Mit dem Kollegen Zipperer ist einer unserer Besten dahingegangen. Er zählt zu den Ältesten, die dem Buchbinderverbande die Wege ebneten und unermüdet im Interesse der Arbeiterbewegung tätig waren. In der schwereren Zeit des Sozialistengesetzes hat er seine Pflicht getan. Er ist für seine Ueberzeugung in den Kerker gegangen, um nach Verbüßung einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe sich wieder umgebogen in den Dienst der allgemeinen Arbeiterbewegung zu stellen. In ganz besonders hohem Maße war Zipperer aber im Interesse seiner Berufscollegen und -colleginnen tätig. Bereits im Jahre 1893 wurde Zipperer zur Verwaltung des damals in Leipzig bestehenden Unterstützungsfonds berufen, wie überhaupt seit dieser Zeit wohl kaum irgendein Schritt getan wurde, ohne seinen Rat zu hören. Später widmete sich Zipperer dem Gebiete der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung. Diese Tätigkeit setzte ihn in den Stand, bei der im Jahre 1904 erfolgten Gründung des Leipziger Arbeitersekretariats den Posten eines Sekretärs zu übernehmen. Im gleichen Jahre wurde ihm auf dem Verbandstag in Dresden der Posten des Vorsitzenden vom Verbandsausschuss übertragen, den er bis zu seinem Tode in gewissenhaftester Weise verwaltete.

Kollege, Zipperer wurde am 29. Juli im Leipziger Krematorium eingäschert. Im Trauerhause hatten sich eine große Anzahl Angehörige, Freunde, Kollegen und Kampfgenossen des Verstorbenen eingefunden, ihm die letzte Ehre zu erweisen. Die große Halle des Krematoriums mit Einschluß der Galerie war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Buchbinder-Männerchor sang zu Beginn der Feier das Lied: Wenn sich zwei Herzen scheiden. Nach dem Gesang nahm zunächst der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschaftskartells, Genosse Floog, das Wort zu folgender kurzen Ansprache: „Das Ableben unseres lieben Freundes und Genossen verpflichtet uns, ihm über das Grab hinaus einige Worte der Anerkennung zu widmen. Der Verstorbene ist viel zu früh dahingeshieden. Vor 8½ Jahren wurde er durch das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Stellung eines Arbeitersekretärs berufen. In dieser Stellung war er ein Beispiel rastloser, unermüdeten Tätigkeit. Ein halbes Menschenalter hat sich Otto Zipperer ganz besonders auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung betätigt. Er hat es in dieser Zeit verstanden, die Interessen der Versicherten wahrzunehmen, und er hat es weiter verstanden, Mittämpfer heranzubilden, die sich dann in der gleichen Weise betätigten. Seit Bestehen des Leipziger Volkshauses war er Mitglied des Aufsichtsrats. Auch in dieser Stellung hat er nach Kräften gewirkt, ja er hat mehr getan, als ihm seine Kräfte erlaubten. Daß er so gehandelt hat, daß er Opfer brachte, um für die Zukunft zu wirken, kann auch für seine trauernden Angehörigen, für seine liebe Gattin und für seine lieben Kinder ein Trost sein. In diesem Sinne können wir den Verstorbenen in Erinnerung behalten.“

Im Namen des Buchbinderverbandes sprach Garder-Berlin: Mehr als ein Vierteljahrhundert hat Otto Zipperer im Dienste unserer Organisation gestanden. Als vor mehr denn fünfundsanzig Jahren die gewerkschaftliche Bewegung ihren Aufschwung nahm, da ist es Zipperer gewesen, der der örtlichen Organisation eine Form zu geben suchte, die ihr den Anschluß an den Verband ermöglicht hätte. Sehr frühzeitig schon hat es Zipperer unternommen, die jungen Kollegen um sich zu scharen und sie dem Verbande zuzuführen. Als 1893 der Zentralverband geschaffen wurde, war Zipperer wieder der erste, der sich im Sinne des Zentralverbandes betätigte. 1897 wurde er dann in den Gauborstand gewählt. Als später der Verbandsausschuss nach Leipzig verlegt wurde, und als es eine geeignete Person als Vorsitzenden zu finden galt, da fiel die Wahl auf Otto Zipperer. Damit haben ihm die Kollegen das höchste Ehrenamt übertragen, das sie vergeben konnten. Zipperer war ständig bemüht, ausgleichend und versöhnend zu wirken, aber wo es galt, ein Urteil zu fällen, hat er stets seinen Mann gestanden.

Im Namen der sozialdemokratischen Partei von Leipzig sprach Genosse Lipinski: „Zu einer Zeit, als unter dem Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung bedrängt war, da war Otto Zipperer einer von den wenigen, die zur Sache hielten, die schwere Entbehrungen und Opfer auf sich genommen haben, um der Sache des Proletariats zu dienen. Das Vertrauen zur Sache hat er durch den Opfermut bewiesen, mit dem er Gefängnis und Gast auf sich nahm. Die Arbeiterbewegung ist groß geworden, da ist es unsere doppelte Pflicht, denen zu danken, die mitgeholfen haben, aus dem kleinen Häuflein ein

großes Heer zu machen. Die Arbeiterschaft wird deiner in Ehren gedenken!“

Der Buchbinder-Männerchor beschloß die Feier mit dem Liede: Still ruht ein Herz. Troßdem Kranzspenden ausdrücklich dankend abgelehnt waren, hatte eine Anzahl Freunde und Korporationen, darunter unser Verbandsvorstand, doch Kränze mit Schleifen und Widmung gestiftet, damit zum Ausdruck bringend, daß Kollege Zipperer ein Mann war, der sich jede Ehrung in seinem arbeitsreichen Leben wohl verdient hat. Und wenn sich unser dahingeshiedener Freund in den letzten Jahren seines Lebens, infolge seiner umfangreichen Tätigkeit auf anderen Gebieten der Arbeiterbewegung, seltener in unseren Reihen bemerkbar machte, so bleibt doch bestehen, daß mit dem Kollegen Zipperer ein Mann dahingegangen ist, dessen Name untrennbar mit der Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes verbunden bleiben wird.

## Gewerkschaftliche Solidarität.

II.

Im Inneren ein und desselben Stammes und ein und desselben Volkes bildeten sich im Laufe der Zeit zwei Klassen, die durch eine tiefe Kluft voneinander getrennt waren. Es entstanden Gegensätze wirtschaftlicher, geistiger, sozialer und rechtlicher Art, die die Volksgenossen einander entfremdeten und miteinander verfeindeten, die ein Volk tatsächlich in zwei Teile zerrissen. Wir können hier auf die Ursachen dieser Klassenscheidung und auf die Entstehung dieser Klassengegensätze nicht näher eingehen, wir wollen nur feststellen, daß sie eine feindliche Stimmung erzeugten zwischen den Unter- und Oberschichten, die das Gefühl der Zusammengehörigkeit manchmal überwucherte und den Gedanken, Kinder einer Volksgemeinschaft zu sein, zurückdrängte, wenn nicht ganz erstikte. Schließlich ist es denn so weit gekommen, daß die Angehörigen der Unterschichten in dem Angehörigen der Oberschichten nicht mehr den Landmann und Volksgenossen erblickten, dem sie Solidarität beweisen müssen, sondern daß sie in ihnen den Ausbeuter sahen, den man auf Leben und Tod bekämpfen muß. So erwuchs aus den schroffen Klassengegensätzen das Klassenbewußtsein, und die Massensolidarität wurde ersetzt durch die Klassen-solidarität.

Wer möchte es bestreiten, daß die Ausbeuter sich untereinander enger verbunden fühlten und daß sie sich mit den ausländischen Klassengenossen viel besser verständigen können, als mit ihren eigenen Arbeitern? Und wer möchte es leugnen, daß auch die Ausgebeuteten untereinander durch das Band der Massensolidarität fest verbunden sind, und daß sie sozial-geistig den ausländischen Proletariern näher stehen, als ihren Ausbeutern, trotzdem diese Landesknechte sind? Diese Stimmungen muß man verstehen, wenn man die modernen Kämpfe innerhalb ein und desselben Volkes verstehen will. Und von diesem Gesichtswinkel aus fällt auch auf die gewerkschaftliche Solidarität ein helles Licht.

Wie mit der Massensolidarität, so verhält es sich auch mit der Klassensolidarität. Zunächst bildete sich die erstere in kleinen Gruppen, und langsam wuchs sie über diesen engen Rahmen hinaus, bis sie zuletzt große Volksgemeinschaften umspannte. Auch die

Klassenolidarität entwickelte sich zuerst im kleinen Kreise. Die Angehörigen desselben Gewerbes fühlten sich miteinander verbunden, denn die gleichen Arbeitsbedingungen und Berufsinteressen, die gleichen Kenntnisse und Fertigkeiten, die gleiche Lebensauffassung und Lebensführung schlangen ein gemeinsames Band um sie. Die Angehörigen der verschiedenen Gewerbe sonderten sich untereinander ab, noch im Mittelalter bildeten sie Lebensgemeinschaften für sich, sie hatten, wenn irgend möglich, ihre eigene Straße, in der sie wohnten, ihre eigene Herberge, in der sie verkochten, ihre eigenen Zunftgebäude und Feile. Es bestand nur eine lose Verbindung unter den verschiedenen Berufen und Ständen und in einer strengen Absonderung suchten sie ihren Stolz. Allmählich verschwand dieser Kastengeist, und seitdem der Kapitalismus die Arbeiter der verschiedenen Berufe in großen Betrieben zusammenpfercht, hat sich die Standesolidarität zu einer Klassenolidarität erweitert: die Arbeiter der verschiedenen Berufe fühlen sich als Glieder einer einzigen Klasse und ihr Solidarismus umspannt Berufsgegnossen und Nichtberufsgegnossen.

Natürlich darf diese Solidarität nicht im Gefühl stecken bleiben, sondern sie muß den Willen in Bewegung setzen und ein solidarisches Handeln erzeugen. Das Solidaritätsgefühl hat nur dann Wert, wenn es Solidaritätsbeweise hervorruft, es muß eben aus einer Gefühlssache zu einer Tatsache werden. Wer bei jeder Gelegenheit das Wort Solidarität im Munde führt, aber seine Taten zu knüpft, wenn es gilt, die Solidarität durch die Tat zu beweisen, der macht die Solidarität zu einem Zerrbild. Das ist es, was der große Heidenapostel Paulus meint, wenn er im Korintherbrief diejenigen Leute, die mit Engelszungen reden, aber der Liebe bar sind, ein tönendes Erz und eine klingende Schelle nennt. Tatkräftige, werktätige Liebe, opferfreudige Hilfeleistung, wenn es nottut, das ist wahrer Solidarismus. Leider gibt es auch unter uns noch allzu viele Kollegen und Genossen, die sofort bereit sind, für eine Sympathie-resolution zu stimmen, die aber jedesmal versagen, wenn sie ein paar Groschen hergeben sollen.

Hier ist noch ein Punkt von Bedeutung. Die Solidarität muß auf Gegenseitigkeit beruhen, und der, der Solidaritätsbeweise annimmt, muß bereit und gewillt sein, auch seinerseits gegebenenfalls Solidarität zu üben. Es wäre ja ein Unding, wenn ein Mensch die Hilfe seiner Mitmenschen beanspruchen wollte, der sich weigert, Hilfe mit Hilfe zu vergelten. Ein solcher Mensch wäre ein Schmarotzer, ein Mensch ohne Scham- und Ehregefühl. Die Solidarität geht hervor aus der Empfindung, daß der andere der Hilfe bedürftig und auch

würdig ist, und aus der Ueberzeugung, daß der andere in derselben hilfreichen Weise beizutreten wird, wenn es darauf ankommt. Das ist es ja, was den Beobachter der modernen Arbeiterbewegung so angenehm berührt, daß die auf Gegenseitigkeit beruhende proletarische Solidarität so herrliche Blüten und Früchte hervorbringt.

Erfahrungsgemäß ist der Solidarismus am wirksamsten, wenn er im Rahmen einer Organisation geübt wird. Der gute Wille der verschiedenen Menschen allein tut's nicht, es muß sich ein gemeinsamer Wille, eine einseitige Willensrichtung entwickeln, wenn etwas Tüchtiges geleistet werden soll. Dies zeigt sich bei jeder Gelegenheit, wenn irgendeine umfangreichere Hilfsaktion in Frage kommt. Wenn in einer Ortschaft Feuer ausbricht oder wenn infolge eines Deichbruchs eine Ueberschwemmung entsteht, so regt sich sofort das Solidaritätsgefühl und ohne weitere Aufzorderung eilen die Menschen aus der Ungegend herbei, um Hilfe zu bringen. Aber diese gut gemeinte Absicht hat erst dann die beabsichtigte Wirkung, wenn sie planmäßig gestaltet wird. Solange die hilfsbereiten Nachbarn und Freunde planlos herumlaufen und sich gegenseitig im Wege stehen, wird nichts erreicht, erst dann kommt die Sache in Schwung, wenn die Rettungsarbeit in ein System gebracht wird: ganz von selbst wirft sich einer zum Leiter und Führer auf, er trifft die nötigen Anordnungen, stellt jeden an seinen Platz und kommandiert das Ganze; die anderen führen seine Befehle aus. Diese freiwillige Unter- und Ueberordnung, dies Zusammenfassen der Einzelwillen zu einem Kollektivwillen, ist das natürlichste Ding von der Welt, es bildet das Wesen einer jeden Organisation. Derselbe Vorgang wiederholt sich bei jeder Gelegenheit, und auf Grund ihrer Erfahrung rufen die Beteiligten eine dauernde Organisation zum Zwecke der gegenseitigen Hilfe ins Leben, indem sie eine Feuerwehrgesellschaft oder eine Deichgenossenschaft gründen, in der die Rollen verteilt sind und die Mitglieder von vornherein an ihre bestimmten Plätze gestellt werden.

Diese organisierte Solidarität, die wir schon in den frühesten Zeiten der Menschheit finden, hat sich mit zunehmender Kultur immer reicher entwickelt und ausgebaut, und heute spannt sich ein dichtes Netz von Organisationen über die ganze Welt. Diese auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der Gegenseitigkeit beruhenden Vereinigungen werden ausgerichtet zum Schutze gegen Unglücksfälle oder Ereignisse, gegen die sich der einzelne aus eigener Kraft nicht schützen kann. Sie sind entweder vorbeugender Art oder sie treten während eines Unglücks in Tätigkeit oder sie suchen die schlimmen Folgen des Unglücks zu lindern. Viel-

fach verbinden sie auch diese drei Zwecke miteinander. Nehmen wir eine Deichgenossenschaft als Beispiel. Sie will durch fortgesetzte Ueberschwemmung und Ausbesserung der Dämme und Deiche einen Deichbruch verhindern, findet dennoch ein Bruch statt, so ergreift sie hiebemüht und planmäßig Rettungsarbeiten und hinterher verteilt sie den entstandenen Schaden durch ein Umlageverfahren auf die tragfähigen Schultern.

Auf allen Gebieten des sozialen Lebens bilden sich solche Organisationen: ob es sich um die Linderung der Wohnungsnot oder um den Schutz der Säuglinge handelt, ob sich die Menschen gegen die wirtschaftlichen Folgen einer Krankheit oder eines Unfalles schützen wollen, immer und überall, wo die gegenseitige Hilfe in Frage kommt, gründet man Organisationen, um im Rahmen der Organisation Solidarität zu üben. Wenn auch hin und wieder, wie wir dies in der Frühzeit des Kapitalismus beobachten, der Organisationsgebanke etwas zurücktritt, so bricht er sich doch immer wieder Bahn, weil er der Natur des Menschen und dem Wesen der menschlichen Gesellschaft entspricht. Heute können wir wohl ohne Uebertreibung behaupten, daß die organisierte Solidarität die hervorsteckendste Erscheinung der Gegenwart ist. Die Menschheit hat eben erkannt, daß das Solidaritätsgefühl sich wirksamst nur durch eine Organisation betätigen kann, weil Solidarität ohne Organisation gleich einer Seifenblase zerplatzt, während umgekehrt natürlich auch eine Organisation ohne Solidarität lediglich eine Form ohne Inhalt, eine Schale ohne Kern wäre. Für diese Behauptung können die modernen Gewerkschaften als leuchtende Beweise dienen.

### Die Volksfürsorge.

Die Wächter des Kapitals speien wieder einmal Feuer und Flammen. Der Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften, die Volksversicherung durch Errichtung der Aktiengesellschaft „Volksfürsorge“ zu organisieren, hat sie ganz aus dem Häuschen gebracht und sie leitartikeln darauf los, als handle es sich um die größte Staatsaktion. Sonderbar — in dem ganzen Schwall von Worten, mit dem sie das neue Volksunternehmen „begrüßen“ — nicht ein Wort der Abwehr gegen die aufflärende Kritik, die der Mejerster, der Genosse v. Elm, auf dem Berliner Genossenschaftstag an den großen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften übte. Warum gegenüber dieser Kritik das absolute Schweigen?

Der kapitalistische Profit der Versicherungsgesellschaften ist ein ganz enormer. Das Einkommen

### Weibe Sklaven.

Aus dem Rumänischen.

#### Bei der Arbeit.

Es ist unerträglich heiß, auf der Tenne viel heißer noch heißer als draußen. Die Leute arbeiten schweigend, mechanisch. Die Gestirte, die entblößten, sonnengebräunten Oberkörper sind mit Schweiß bedeckt. Gleich großen, gespenstischen Schatten huschen sie auf der stauberfüllten Tenne hin und her. Die einen schleppen Garben heran, andere leeren das Stroh auf, wieder andere arbeiten an der Drechselmaschine, welche gleich einem unerfährlichen, phantastischen Ungeheuer die Garben verschlingt und das Korn aus zwei Schüden auf die Tenne speit, wo es von geschäftigen Händen in Säcke gepackt wird.

„Schneller, schneller, Jelena!“ treibt der Inspektor. „Dast wohl saure Milch im Schoß? Bald wirds dunkel . . .“

Der Inspektor blüht besorgt zum Himmel empor. Aus einer großen, schwefelgelben Wolke grollt lang gezogen, dumpf der Donner, gerade als käme er nicht vom Himmel, sondern aus der Erde. Bis zur Dämmerung hat es übrigens noch gute Weile. Die Sonne steht hoch. Kalt senkrecht fallen ihre Strahlen auf die entblößten Köpfe der Arbeitenden.

An der Drechselmaschine steht der Inspektor. Er ist groß und stattlich, sein Gesicht ist fast hübsch. Er trägt einen breitkrämpigen Strohhut; das festgesteckte Hemd ist über der Brust offen; die Hosensackstößen in hohen Stiefeln; die Hände hält er in den Hosentaschen vergraben.

„Hol Dich der Teufel, Jelena! Was trödelst Du da wieder?“ Ohne zu begreifen, weshalb man sie so an-

schreit, quält Jelena sich noch verzweifelter mit ihrer Arbeit. Das Kopfstuch fällt ihr in den Nacken, die schweren Flechten lösen sich — sie achtet nicht darauf. — Sie leuchtet vor Ermüdung, der Schweiß rinnt ihr in Strömen über das Gesicht, und ihr Rücken bricht fast zusammen unter den schweren Getreidesäcken, welche sie von der Tenne in den Speicher zu tragen hat. Und dabei ist sie im siebenten Monat schwanger.

O, mit welcher Unruhe erwartet sie ihre Niederkunft! In welcher Wonne schmelzt sie bei dem Gedanken an das Kind! Wie ungeduldig zählt sie die Tage bis zu dessen Geburt! Sie weiß, das Kind wird hübsch sein, so schön, wie nie zuvor ein Kind auf der Welt. Mit welcher Sorgfalt wird sie es umgeben, mit welchem Stolz es auf den Armen tragen! Es wird ihr Trost, ihre Freude in allem Elend sein.

Jelena weiß sehr gut, warum der Inspektor so böse auf sie ist. Sie ist jung und hübsch, hält aber streng auf ihre Ehre. Es sind nun zwei Jahre her, da brachte sie eine ganze Hand voll Haare aus dem Bart des Inspektors nach Hause: Sie riß ihm diese Haare aus, als er ihr auf der kleinen Waldwiese, wo sie das Gras mähte, mit unerbetenen Liebeszungen zu Leibe ging. Es ist wahr, sie kam zerschlagen, mit zerrißenen, beschmutzten Kleidern nach Hause, aber — rein.

Wieder hört man das Rollen des Donners, jetzt schon näher.

Plötzlich ertönt ein markerschütternder Schrei. Alle stehen wie versteinert.

„Die Aermste!“

„Was ist passiert?“

„Habt Ihr nicht gesehen? Der Inspektor hat Jelena zu Boden geschlagen. Sieh, wie sich krümmt, die Unglückliche.“

Einige Weiber laufen hinzu, um Jelena zu helfen. Sie ist vor Schmerz ganz blau, die blutunterlaufenen Augen sind unnatürlich weit geöffnet.

„Aber Herr Inspektor, darf man denn eine schwangere Frau so . . .?“

„Ach, Unsinn! Kriegt schon noch ein anderes!“ Der Inspektor lächelt spöttisch, wobei zwei Reihen weißer, gesunder Zähne sichtbar werden, knallt mit der Peitsche und beginnt zu schreien:

„Ma marsch! Bringt sie fort! Eure Weiberkintene kenne ich schon. Marsch an die Arbeit! Keine Zeit zu verlieren. Gleich ist der Regen da.“

Zwei Weiber schleppen Jelena fort und betten sie auf einen Haufen Stroh hinter der Drechselmaschine, wo ein Junge Strohscheile dreht.

„Hör, Wanja! Lauf und sag der alten Mariola, sie möchte nach ihrer Tochter sehen kommen.“

Die Mutter Jelenas wäscht auf dem Herrenhof.

Der Himmel bedeckt sich mit großen, schwarzen Wolken, im nächsten Augenblick bricht der Regen los. Der Inspektor rennt aufgeregt vor der Tenne hin und her, schlägt die ihm in den Weg kommenden mit der Peitsche und schreit:

„Deckt den Roggen zu!“

Die erschrockenen, vom Regen geblendeten Tagelöhner verlieren vollständig den Kopf und laufen verzweifelt hierhin und dort hin, ohne die Befehle auszuführen. In diesem allgemeinen Wirrwarr fragt die erschreckte Mariola:

„Wo ist meine Tochter?“

Aber niemand antwortet ihr.

Nachts gebärt Jelena unter schrecklichen Qualen eine Mißgeburt mit scheußlichen, frohschänlichem Schädel. Zwei Wochen weint sie ununterbrochen und fragt:

„Wo ist mein Kind? Gebt mir mein Kind . . . mein hübsches, süßes Kindchen . . .“



des Direktors der „Victoria“ betrug im letzten Jahre 780 000 Mk. Die sieben Herren vom Aufsichtsrat erhielten zusammen an Dividenden 150 000 Mk., die Aktionäre an Dividenden 1 180 000 Mk. gleich 39 Prozent (!) ihres eingezahlten Aktienkapitals. Auch bei der „Friedrich-Wilhelm“ machen die inter- estierten Kapitalisten ein gutes Geschäft. Die Aktio- näre erhielten 1910: 540 360 Mk., d. h. 36 Proz. (!) der Voreinzahlung auf ihre Aktien. An Dividenden erhielten: der Vorstand 110 879 Mk., der Aufsichtsrat 92 399 Mk., sonstige Personen 27 719 Mk.

Die Verwaltungskosten der Gesellschaften sind ungebührlich hoch. Bei der Volksversicherung der „Victoria“ betrugen sie in den letzten drei Jahren 46 811 374 Mk., d. h. 23,7 Prozent der Prämieein- nahme; bei der „Friedrich-Wilhelm“ 1908, 1909, 1910 zusammen 18 610 636 Mk. gleich 29,9 Prozent der Prämieeinnahme.

In den letzten drei Jahren sind bei der „Vik- toria“ und der „Friedrich-Wilhelm“ zusammen 666 543 — bei sämtlichen Versicherungsgesellschaften über eine Million Policen — verfallen. Hundert- tausende armer, unbemittelter Volksgenossen ver- lieren jährlich große Summen Geldes an die kapita- listischen Gesellschaften, ohne von ihnen irgendwelche Gegenleistungen zu empfangen. Bei der Volksver- sicherung lassen sich die Gesellschaften von den Ar- beitern enorm hohe Prämien zahlen, ohne ihnen eine entsprechende Gegenleistung zu bieten. Die „Vik- toria“ vereinnahmte in den letzten drei Jahren an Prämien von den Volksversicherten 197 635 831 Mk., an Policengebühren 2 258 743 Mk.; sie schrieb den Versicherten an Gewinnanteilen gut: 29 272 641 Mk., so daß sie von den Versicherten eine Nettoeinnahme von 170 621 933 Mk. erzielte — an Versicherungs- summen und für Rückkauf von Policen verausgabte die „Victoria“ an die Versicherten dagegen nur 84 917 805 Mk. Bei der „Friedrich-Wilhelm“ ist das Verhältnis noch ungünstiger, sie vereinnahmte 1908, 1909, 1910 zusammen von den Versicherten 62½ Mil- lionen Mark; ihre Gegenleistung an die Versicherten betrug dagegen nur 18 Millionen Mark. Und das sind nicht etwa Ausnahmefälle; jahraus, jahrein daselbe Bild — hohe Prämieeinnahmen — ganz minimale Gegenleistungen an die Versicherten.

Der Organisationsplan der von den Gewerk- schaften und Genossenschaften gegründeten „Volk- sfürsorge“ ist ein einwandfreier. Die Träger der Versicherung sollen die großen wirtschaft- lichen Organisationen der Gewerkschaften und Genossenschaften bilden. Zweieinhalb Millionen Gewerkschafts-, einein Drittel Millionen Genossenschaftsmitglieder bilden zweifellos ihrer Zahl nach eine Grundlage für einen rechtmäßig

durchaus sicheren Aufbau. Die „Volk- sfürsorge“ will den Kreis ihrer Versicherten aber nicht auf die Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder beschränken. Alle Volksgenossen können sich der „Volksfürsorge“ anschließen — unbekümmert um ihre Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit.

Die „Volksfürsorge“ soll die Form einer Aktien- gesellschaft haben; das Grundkapital soll eine Million Mark betragen. Gewerkschaften und Genossen- schaften haben sich verpflichtet, jeder Verband für sich die Hälfte des Aktienkapitals zu zeichnen. Es ist bereits gezeichnet und wird von den Gewerkschaften und Genossenschaften bar eingezahlt werden. Die Generalversammlung, der Vorstand und der Auf- sichtsrat werden aus der gleichen Anzahl der Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften bestehen. Die Aktien können nur mit Zustimmung des Vor- standes und des Aufsichtsrates auf einen anderen Besitzer übertragen werden. Der Höchstbetrag der Zinsen soll 4 Proz. betragen. Der ganze Reinge- winn soll nach Zuweisung der notwendigen Beträge an die gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds zu- gunsten der Versicherten verwandt werden.

Diese Grundlage schließt die Gefahr einer kapita- listischen Entartung für alle Zeiten aus.

Die „Volksfürsorge“ wird alle Arten der Ver- sicherung einführen, wie die großen Lebensversiche- rungsgesellschaften, — in erster Linie die Kapital- versicherung, die Versicherung auf den Todesfall ohne ärztliche Untersuchung.

Der Verfall von Policen soll dadurch ausge- schlossen werden, daß neben der Kapitalversicherung eine Spar- und Lebensversicherung eingerichtet wird. Ist es einem Versicherten unmöglich, nach Ablauf der gewählten Zahlungsfrist seine Beiträge für die von ihm abgeschlossene Kapitalversicherung weiter zahlen zu können, so wird seine Police ohne weiteres, also ohne daß es dazu eines besonderen Antrages bedarf, in eine solche als Spar- und Lebensversiche- rung umgewandelt. In eine Zahlungsfrist ist er nicht mehr gebunden, er kann zahlen, wann es ihm möglich ist. Nach dem Betrage seiner Zahlungen erhöht sich seine Versicherungssumme — eventuell auch über die von den Versicherungsgesellschaften borgegriffene Höchstgrenze von 1500 Mk. hinaus.

Bei Einführung dieser Methode kann mit vollem Recht gesagt werden, daß das Anrecht des Versiche- ten niemals erlischt, daß kein Pfennig der einge- zahlten Beiträge ihm verloren geht.

Selbstverständlich werden die Prämientabellen auf Grund vorsichtiger Berechnungen eines Versiche- rungsmathematikers festgesetzt und vom Aufsichts- amt nachgeprüft werden. Diese Arbeit erfordert viel Zeit und dürfte deshalb die „Volksfürsorge“ vor

dem 1. Januar n. J. ihre Wirksamkeit nicht be- ginnen können.

Schon vor dem Genossenschaftstag wurde nun in den Organen der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften versucht, das kaiserliche Aufsichtsamt gegen die „Volksfürsorge“ aufzuheben; man be- hauptete dreist und nett, ihre Gelder würden zu so- zialdemokratischen Parteizwecken und für Streiks Verwendung finden.

Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit er- klärte demgegenüber der Referent des Genossen- schaftstages v. Elm:

„Die Herren Kapitalisten waren noch niemals so sehr auf dem Holzwege, wie in diesem Fall. Das kaiserliche Aufsichtsamt wird niemals Veranlassung haben, die Anlage unserer Gelder zu bemängeln; es fällt uns nicht im Traum ein, Gelder zu Parteizwecken oder für Streiks zu verwenden. Wir werden die Gelder derart belegen, wie es uns das Gesetz und das Inter- esse der Versicherten gebietet.“

Da nun aber auch jetzt nach dem Genossen- schaftstag die Angriffe nach dieser Richtung noch immer verstreut oder offen fortgesetzt werden, lassen wir hier aus dem Entwurf der Kommission den Pa- ragraphen über die Verlegung der Gelder der „Volk- sfürsorge“ folgen. Er lautet:

„Die Anlegung des Vermögens der Gesellschaft er- folgt:

I. Soweit es sich um etwaige den Prämien- reservefonds bildende Bestände handelt, nach Maßgabe der §§ 59, 60 und 99 des Reichsgesetzes über die pri- vaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901.

II. Die Anlegung der übrigen Bestände kann nach den in Ziffer I angeführten Bestimmungen erfolgen, ist aber auch in folgender Weise zulässig:

1. in Hypotheken, welche nach den gesetzlichen Vor- schriften des Bundesstaats, in welchem das be- liehene Grundstück liegt, zur Anlegung von Mün- delgeldern sich eignen;
2. in ausländischen Staats- und Kommunalpapieren, jedoch nur insoweit, als dieselben zur Kautions- leistung behufs Erlangung der Konzession zum Geschäftsbetrieb in ausländischen Staaten er- forderlich sind;
3. in Wertpapieren, welche nach landesgesetzlichen Vorschriften zur Anlegung von Mündelgeld zu- gelassen sind;
4. in solchen Pfandbriefen deutscher Hypotheken- aktienbanken, welche die Reichsbank in 1. Klasse be- lieht;
5. durch Lombarddarlehen auf Staats-, Kommu- nal-, landwirtschaftliche und kreisländische Pa- piere und sonstige Wertpapiere nach den Grund- sätzen der Reichsbank;
6. durch Diskontieren von Wechseln nach den Grund- sätzen der Reichsbank, mit der Beschränkung, daß der Gesamtbetrag 10 Proz. der vorjährigen Prä- mieneinnahme nicht übersteigen darf.

**Die Abrechnung.**

Bekümmert und sorgenvoll geht Zwan nach dem Herrenhaus. Er muß unbedingt den gnädigen Herrn selbst sprechen, noch einmal fragen, noch einmal bitten, er möchte ihm gnädigst die Augen öf- fnen, ihm erklären, wie es kommt, daß er noch immer nicht jene Summe vollständig abgezahlt hat, die er vor drei Jahren borgte. Damals gab ihm der gnädige Herr auf inständiges Witten 20 Frank, damit er den Winter hindurch nicht vollständig zu verhungern brauchte. Er denkt daran, wieviel er ge- arbeitet, wieviel er gepflügt, gemäht, geschnitten hat. Wie ein Sklave hat er mit Frau und Tochter dem gnädigen Herrn gedient — und was hat er er- zeicht? Er kann nicht einmal die zwei Frank zur Bezahlung der Steuern zusammen bekommen, und der Amtsdiener bringt ihm fortwährend Strafzetteln. Er rechnet wieder zusammen und wundert sich: Er hat nicht mehr zu zahlen, sondern im Gegenteil, er hat zu bekommen. Und dennoch — als der gnädige Herr das Buch aufgeschlagen und nachgesehen hat, was dort geschrieben stand, kam etwas ganz an- deres heraus. Auch heute morgen wieder. Zwan hat noch 1½ Dessjätinen zu adern, eine Dessjätine zu besäen und dreißig Tage zu mähen.

„Na, wie steht es? Hast Dich jetzt überzeugt, Zwan?“  
 „Ja, gnädiger Herr.“  
 „Also ist es richtig?“  
 „Nichtig, gnädiger Herr.“  
 Aber als Zwan nach Hause kommt und wieder zusammenzählt — wunderbar! Wo hat er nur seinen Kopf gehabt? — ist es falsch.  
 „Geh noch einmal hin und sei vernünftiger. Denk an nichts anderes. Das kann doch nicht mit richtigen Dingen zugehen! Wir sind keine Trunken- bolde, wir essen so wenig, wir haben nur ein Kind — wo bleibt unser Geld? Bedenke: Morgen ist der

letzte Termin, die Steuern zu bezahlen, und wir haben keinen Pfennig im Hause — man wird alles, alles verkaufen, selbst die Äsche aus dem Ofen. Die arme Dumania ist schon ganz ausgerodnet, nur noch Haut und Knochen. Ich weiß wirklich nicht, was aus uns werden soll!“

Zwan würde nicht zum drittenmal nach dem Herrenhaus gehen, wenn seine Frau nicht immer und immer diese oder ähnliche Worte wiederholen würde.

Draußen ist der erste Schnee gefallen. Das ganze Dorf scheint in Schlaf versunken. Nur aus dem Tal hört man noch das klägliche Brüllen der Kühe.

„Ach, laß werden, was will — ich gehel denkst Zwan und betritt, die Mühe in den Händen dreh- end, das Herrenhaus.“

„Na, was willst Du schon wieder?“ fragte der Bojar.

„Ich komme — sehen Sie, gnädiger Herr . . . immer noch wegen der Abrechnung.“

Zwan verstummt und starrt hartnäckig in die Mühe. Der strenge, finstere Blick des Bojaren ver- wirrt ihn.

„Was? Was faßest Du da? Ich verstehe Dich nicht.“

„Entschuldigen Sie, gnädiger Herr! Nur . . . wir können nicht lesen, nicht schreiben . . . verstehen nicht, was in den Büchern steht. Zur sie ein gutes Werk und zählen sie noch einmal zusammen, weil die Rechnung . . . nämlich . . . hm . . . ich bin ein armer Mensch . . . und vor Gott ist es Sünde . . .“

„So? Meinst Du? Gut!“ Der Bojar steht auf und zückt böse die Klingelschnur über seinem Kopf. Erschreckt kommt ein Diener gelaufen. „Der Inspektor soll kommen!“

Die Hände in die Taschen gesteckt, beginnt der Bojar böse im Zimmer auf- und abzugehen. Mit

gesenkten Blicken dreht Zwan die Mühe in den Händen und rechnet in Gedanken aus, wieviel er für geleistete Arbeit zu kommen hat. Eine schwere, quälende Stille herrscht im Zimmer. Auf der Schwelle zeigt sich die große Gestalt des Inspektors.

„Görst Du? Er meint, die Abrechnung stimmt nicht. Führe ihn ins Kontor und rechne dort mit ihm zusammen!“

Mit dem Kopf nickend, gibt der Inspektor dem ungläubigen Zwan ein Zeichen, ihm zu folgen. Im Kontor angekommen, fragt er finstern:

„Also was willst Du?“

Aber die Antwort wartet er nicht ab: Im nämlichen Augenblick schlägt er Zwan so heftig ins Gesicht, daß ihm das Blut aus Mund und Nase fließt. Einige Minuten später stößt man ihn vom Hof herunter und wirft ihm die Mühe nach.

Wie ein Trunkener taumelnd, barhäuptig, mit zerzausten Haaren und besudelten Kleidern geht Zwan, anfänglich in der Richtung zum Dorfsäcklein, kehrt dann um und wankt nach Hause.

„Was ist mit Dir geschehen, Zwan?“

„Ach, zwan! Siehst Du, so ist . . . die Abrech- nung beim gnädigen Herrn . . . Gott strafe ihn!“

Es wird dunkel. Beim Licht einer trüben Lampe sitzen sie um ein Tischchen. Auf ihren blei- den Gesichtern, in ihren erloschenen Augen liegt ein Ausdruck dumpfer Verzweiflung. Sie fürchten einander anzusehen. Die Frau schneidet ein alt- badenes Stückchen Brot in drei Teile. Auf dem Tisch in einer Schale steht etwas Mais, aber nie- mand rührt es an, niemand spricht ein Wort. Ma- gend heult der Wind im Schornstein, die Fenster- läden klappern. Auf dem Hof brüllt die hungrige Kuh. Vor der Tür heult der Hund . . .

Der nach Ziffer 4 und 5 anzulegende Betrag darf jedoch 10 Proz. des anlegbaren Vermögens der Gesellschaft nicht übersteigen.

III. Vorübergehend verfügbare Mittel dürfen gemäß einer vom Aufsichtsrat zu erlassenden Anweisung angelegt werden.

Die Vorschriften über die Anlegung der Gesellschaftsgehälter finden keine Anwendung auf die durch den Geschäftsverkehr entstehenden Außenstände bei Bankhäusern und Agenturen.

Den Verleumdern, welche so sehnlichst durch ihre Gehe bewirken möchten, daß das Aufsichtsammt der „Volksfürsorge“ von vornherein die Genehmigung verweigert, dürfte durch die wörtliche Wiedergabe dieses Paragraphen ein für allemal die Waffe aus der Hand geschlagen sein. Aber man glaube nicht, daß sich dadurch die Goldschreiber des Kapitals aus dem Konzept bringen lassen. Was an Unberufenheit und Verdrehungskunst in den kapitalistischen Blättern in diesen Tagen gegen die „Volksfürsorge“ geleistet wurde, übersteigt wirklich alle Begriffe.

Gegenüber der dreifachen Behauptung in dem Organ deutscher Arbeitgeberverbände, es sei geplant, zu dem bereits vorhandenen Heere der sozialdemokratischen Angestellten eine weitere gewaltige Organisation zu fügen, um verdienstlose Agitatoren Posten zu verschaffen, hat Genosse v. Elm erklärt:

„Ein großes Heer von Angestellten sollen wir bezolden wollen. Aber — da liegt doch gerade der Hase im Pfeffer bei der Volksversicherung. Das große Heer von auf Provision arbeitenden Angestellten macht bei ihnen die Versicherung für die Versicherten so unrentabel. Würden wir ein großes Heer fest und gut bezoldeter Angestellter schaffen, wäre die „Volksfürsorge“ ein totgeborenes Kind und wir täten wirklich besser, gar nicht erst anzufangen. Von der Ersparnis an Verwaltungskosten hängt der Erfolg der „Volksfürsorge“ ab. Nur dadurch, daß wir die Organisation der „Volksfürsorge“ der bestehenden Organisation angliedern, werden wir diesen Erfolg erzielen können.“

Eingehend äußerte sich dann Genosse v. Elm darüber, durch welche Personen die Ausnahme von Mitgliedern und die Einfassung von Beiträgen für die „Volksfürsorge“ bewirkt werden könnte — bei den Gewerkschaften durch die Gewerkschaftsführer, bei den Genossenschaften durch die Mitglieder-Ausschüsse — also durch von den Genossenschaftsmitgliedern gewählte Personen; er tadelt, daß große Konsumvereine es immer noch an dem demokratischen Ausbau der Organisation — an der Bildung von Mitglieder-Ausschüssen — fehlen lassen. Anschließend hieran sagte Genosse v. Elm mündlich:

„Es gibt Konsumvereinsleitungen, die ihre Aufgabe dadurch für erschöpft halten, wenn sie die Versorgung der Mitglieder mit Lebensmitteln gut organisieren. Das ist aber denn doch eine ungemein enge Auffassung der Aufgaben der genossenschaftlichen Organisation. Die Genossenschaftsbewegung muß immer mehr dahin streben, den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen zu erfassen. Die Genossenschaft soll und muß sein eine Institution zur Förderung des Wohles des ganzen Volkes. Je mehr Aufgaben wir in die Hand nehmen zur Befriedigung wirklicher Bedürfnisse, um so fester wird die Genossenschaftsbewegung im Volke Wurzel schlagen. Ich gebe unseren Gegnern ohne weiteres zu, wenn wir die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun wir das nicht nur, um sie zu verbilligen und zu verbessern. Nein — wenn Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam die „Volksfürsorge“ schaffen, dann geschieht dies auch, um ihrer Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu schaffen, immer mehr den Beweis zu erbringen, wie viel Gutes sich durch das solidarische Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften erbringen läßt. Das ist der ideale Zweck, den wir dabei im Auge haben. Wir würden Loren sein, wenn wir uns diese ideale Wirkung dadurch verschaffen würden, daß wir durch die „Volksfürsorge“ noch Mittel für andere Zwecke — für Streits oder gar für politische Parteizwecke — bereitstellen wollten. Die „Volksfürsorge“ hat so große, herrliche Aufgaben, daß ihre Verquickung mit anderen Zwecken, sie mögen an sich noch so notwendig und gut sein, ihr nur Schaden bringen könnte.“

Und nun einige Proben davon, was aus diesen Ausführungen die kapitalistischen Blätter herauszudrehen verstanden haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Damit hat Herr v. Elm mit aller nur möglichen Deutlichkeit zugegeben, daß diese neue Volksversicherung in allererster Linie eine neue Stütze der sozialdemokratischen Bewegung sein und werden soll. Die Konsumvereine, die bis jetzt noch hier und da einen Schein parteipolitischer Neutralität aufrecht erhielten, sollen demokratischer ausgefaltet, d. h. der politischen Arbeiterbewegung angegliedert werden.“

Man traut seinen Augen kaum, mit welcher Geschwindigkeit die Redaktion des Blattes aus Weiß Schwarz und aus Schwarz Weiß zu machen versteht. Demokratischer Ausbau der Gewerkschaften — also Wahl von Personen aus den Reihen der Mitglieder zwecks Kontrolle der Verkaufsstellen, Mitwirkung bei Inventuren, bei der Agitation; Aufnahme von Mitgliedern und Einfassung von Beiträgen für die „Volksfürsorge“ — heißt für die „Deutsche Tageszeitung“ einfach: Angliederung an die sozialdemokratische Partei.

Und so geht es weiter — Zeile für Zeile Umdeutung, Fälschung und Verdrehung! „Den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen erfassen“ nennt die „Deutsche Tageszeitung“ die Konsumvereine zu einem sozialdemokratischen Landsturm ausbilden“ usw.

„Eine neue Fesselung der Massen“ nennt der „Breslauer Anzeiger“ die Errichtung der „Volksfürsorge“. Er dichtet die Worte v. Elms genau so um wie die „Deutsche Tageszeitung“ und läßt sich zum Schluß also bernehmen:

„Die politische Bedeutung dieses neuen Unternehmens ist unanzweifelbar. Mit der Masse des Wohltäters der Arbeiter greift hier die Sozialdemokratie nach dem letzten Groschen, den sich der Arbeiter für Versicherungszwecke am Munde absparen muß. Der Plan ist von unübersehbarer Tragweite und sollte recht eingehend geprüft werden, bevor er zur Ausführung gelangt. Von vornherein muß nicht nur dafür Sicherheit geboten werden, daß die Kapitalisten der „Volksfürsorge“ niemals, und auch nicht auf Umwegen, politischen Zwecken nutzbar gemacht werden können; ferner muß verhütet werden, daß die „Volksfürsorge“ zunächst eine Fürsorge für sozialdemokratische Agitatoren und Parteibeamte wird, wenn sie überhaupt genehmigt werden sollte. Diese sozialdemokratische „Volksfürsorge“ ist nicht nur eine verdächtige, sondern geradezu eine gefährliche Gründung, weil sie die besten Elemente der Arbeiterschaft und der selbstständigen Handwerker der Sozialdemokratie auszuliefern droht. Hier Widerstand zu leisten, ist in erster Linie Sache derer, die mit diesem Lockmittel eingefangen werden sollen. Um dem ganzen schlanen Schachzuge zu begegnen, gibt es im Grunde nur ein Mittel, das sicher wirken würde: die Schaffung von Versicherungsmöglichkeiten, wie sie die sogenannte Volksversicherung bietet, im Anschluß an die staatlichen Versicherungseinrichtungen.“

Also — Verstaatlichung der Volksversicherung als einzige Rettung gegen die drohende fürchterliche Gefahr. Noch vor kurzer Zeit wurde mit allen nur erdenklichen Argumenten in der kapitalistischen Presse dieser Gedanke mit Entschiedenheit bekämpft, und nun plötzlich diese Wendung!

Am schlimmsten treiben es die „Hamburger Nachrichten“. „Ein schlauer Rechner ist dieser „Genosse“ Elm, das muß man sagen. Er versteht es aus dem ff, das eine zu denken und das andere zu sagen,“ beginnen sie ihre Epistel, und dann geht's los mit der Gedankenleserei, bis sie dann schließlich die „Volksfürsorge“ zu einem „Hilfsorgan der staatsfeindlichen Aktion der Sozialdemokratie“ werden lassen. Höher hinauf geht's nimmer!

Diese Proben kapitalistischer Verdrehungskunst werden genügen, um unseren Lesern die Angst vor Augen zu führen, von der die Gegner allen positiven Schaffens der Arbeiter vor der „Volksfürsorge“ erfüllt sind. Kein Zweifel — deren Gründung bedeutet einen Schutz ins Schwarze. Der kapitalistische Profit ist gefährdet — deshalb das Geschrei und der jeden ansässigen Menschen mit Ekel erfüllende Verleumdungselzbug.

Daß die Sozialdemokratie das neue Volksunternehmen mit der größten Sympathie begrüßt, obgleich sie der Gründung dieses Unternehmens völlig fernsteht, braucht nicht erst betont zu werden. Wenn es aber noch eines Beweises bedurfte, daß der Kapitalismus auf allen Gebieten volksfeindlich ist, so haben ihn mit ihrem Schimpfen auf die „Volksfürsorge“ die kapitalistischen Zeitungen erbracht. Gewerkschaften und Genossenschaften vereinigen sich zu dem Zweck, dem Volke ein Unternehmen zu schaffen, welches ihnen solidarische Hilfe bringen soll in den schlimmsten Notlagen des Lebens; und diesem edlen Streben begegnet die Bourgeoispreffe lebhaftig mit Schimpfen und Verleumdungen. Ein schamloses Beginnen!

Die Theorie an und für sich ist nichts nütze, insofern als sie uns an den Zusammenhang der Erscheinungen glauben macht.

### Aus unserem Beruf.

**Eine Lehrlingsstatistik**  
macht der Geschäftsbericht der Handelskammer in Freiburg auf. Nach diesem stieg die Zahl der Buchbinder-, Kartonnagen-, Etuisarbeiter- und Preßbergerlehrlinge in dem zum Handelskammerbezirk gehörenden Betrieben von 59 am 1. April 1908 auf 104 im Jahre 1911 und auf 117 in diesem Jahre. Die am 1. April 1912 vorhandenen Lehrlinge verteilen sich auf die Handwerksbetriebe in folgender Weise: 39 Betriebe hatten je einen, 8 Betriebe je 2, 6 Betriebe je 3, 3 Betriebe je 4 und 2 Betriebe je 8 Lehrlinge. Beachtet man, daß es sich immer nur um Handwerksbetriebe handelt, dann ist die Lehrlingszucht in unserem Berufe im Bereiche der Freiburger Handelskammer außerordentlich groß. Eine Uebersicht über die anlässlich der Ausstellung von Gesellenstücken zur Verteilung gekommenen Preise zeigt, daß von 13 Beteiligten aus unserem Berufe 5 leer ausgingen, einer ein Diplom, 5 je einen zweiten Preis und 2 je erste Preise erhielten. Daß wir dies hier mit anzuführen, soll nicht bedeuten, daß wir solcher Preisverteilerlei sonderlichen Wert beilegen.

Ueber Resultate und Erfahrungen bei Meißerprüfung jungen sagt der gleiche Bericht:

„Die praktischen Kenntnisse der Kandidaten lassen auch heute noch im allgemeinen zu wünschen übrig. Eine Besserung läßt sich nur durch nachhaltige Einwirkung der Fachvereinigungen und Fachverbände erreichen. Die weitgehende Spezialisierung im Buchbinderberufe, vor allem aber die Beschäftigung in Buchbindereien, die den Buchdrucker als Nebenbetrieb angegliedert sind, macht es vielen Schülern unmöglich, sich genügend auszubilden. Ohne den Besuch einer Fachschule oder eines Meisterkurses ist von solchen Prüflingen kein befriedigendes Resultat zu erlangen. Die fachtechnischen Kenntnisse lassen weniger zu wünschen übrig. Eine stärkere Bewertung der theoretischen Kenntnisse, wie bei den Gesellenprüfungen angestrebt wird, auch bei den Meisterprüfungen einzuführen, wäre verfehlt. Denn die Erfahrung lehrt, daß das meiste von dem in den Vorbereitungsstunden beigebrachten wieder sehr bald vergessen wird, und die komplizierte Buchführung, die dort gelehrt wird, ist nach übereinstimmenden Aussagen der Meisterkandidaten zwecklos, weil sie von keinem derselben praktisch betätigt wird. Die durch Übung erworbene Handfertigkeit aber ist ein Besitz, der nicht mehr verloren geht und ohne den auch der intelligenteste Kopf als Meister ein Stümper und Pfuscher sein wird.“

### Die Lage des Buchbinder- und Kartonnagengeschäfts im Ausland.

Die Wiener „Buchbinderei- und Kartonnagen-Zeitung“ schreibt hierzu:

„Das abgelaufene Geschäftsjahr 1911 stand unter dem bösen Sterne der Teuerung und Wohnungsnot, bzw. der fortwährenden Steigerung aller Lebensmittel und einer exorbitanten Erhöhung der Mietpreise. Die allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse brüden aber nicht bloß auf den Gewerbestand, sondern ebenso auf die verschiedenen Klassen der Bevölkerung, deren Kaufkraft und Konsumfähigkeit dadurch unterbunden wird.“

Am meisten fühlbar machen sich die allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse bei Branchen, deren Erzeugnisse nicht zu den unumgänglich notwendigen Lebensbedürfnissen gehören, weil bei ihnen zuerst eine Einschränkung stattfindet. Daß in Zeiten wirtschaftlicher Not Kultur, Bildung und Wissensdrang zurückbleiben, ist leider eine traurige Folgeerscheinung; wirtschaftliche Not verdrängt die Ideale der Menschheit und stellt die Sorge um das tägliche Brot in die erste Reihe. . .

Die Buchbinderei war, wie man so zu sagen pflegt, recht und schlecht beschäftigt. Die Zahl der Bücherliebhaber will sich nicht vermehren, trotzdem schöne, stilgerechte Bücher in jeder Hinsicht als eine Herbe jedes Hauses angesehen werden können. Dazu kommt die verhältnismäßig schwache Verleger-tätigkeit unserer heimischen Buchhandlungen, die manchen hervorragenden Autor nötigen, seine Werke in einer außer Österreich gelegenen Verlagsanstalt erscheinen zu lassen und dadurch entgehen auch die Buchbinderarbeiten unserem heimischen Gewerbe. Ist es die Sortiments- und Buchhandelsarbeit, welche mit der deutschen Konkurrenz schwer zu rechnen hat, so gilt dasselbe gleichfalls von der gesamten Albumfabrikation, handle es sich nun um Photographie-, Postkarten- oder Postalbumums. Auch diese hat eine außerordentlich schwierige Stellung gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Dasselbe kann auch von der Geschäftsbücherfabrikation gesagt werden, welche ebenfalls alle Anfechtungen machen muß, den inländischen Markt zu halten und den er-rungenen Export nicht zu verlieren.



Die Futtermittelherzeugung (Strichfabrikation), welche sich in die Teile der Schmuckwarenherzeugung und jener für Rauchrequisiten auseinandertrennt, erhebt wohl über den Geschäftsgang des Jahres 1911 keine besonderen Klagen. Erstere hatte dabei mit einer allerdings beträchtlichen Erhöhung der Löhne zu rechnen, und zwar infolge eines neuen, mit der Arbeiterschaft geschlossenen Lohnvertrages. Hierdurch waren auch die Unternehmer gezwungen, mit einer Erhöhung der Erzeugungspreise vorzugehen. Die Strichbranche für Rauchrequisiten zählt das Jahr 1911 zu den meist beschäftigten, woraus aber leider nicht gefolgert werden kann, daß es auch in bezug auf die Verdiensthverhältnisse ein günstiges gewesen wäre. Die Beschäftigung in dieser Branche hängt lediglich von einem flotten Export in Rauchrequisiten ab, welcher im Gegenstandsjahre als solcher wohl tatsächlich bezeichnet werden konnte. Ein solcher Export ist aber nur möglich auf Grundlage sehr gedrückter Preise, zu welchen sich die Branche den Exporteuren gegenüber herbeilassen mußte.

Die Kartonnagenwarenherzeugung konnte über Mangel an Aufträgen nicht klagen. Die Steigerung der betreffenden Preise für Rohmaterialien und die Erhöhung der Arbeitslöhne, namentlich für das weibliche Personal, drückten jedoch den Gewinn auf ein kaum glaubliches Minimum herab, und zwar so, daß die Unternehmer in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 gezwungen waren, mit einer Preiserhöhung vorzugehen.

Seitens der großindustriellen Betriebe wird mitgeteilt, daß der Absatz an Kartonnagenwaren sich sowohl in Oesterreich, als auch in Ungarn gegenüber dem Vorjahre wesentlich erhöht hat. Bezüglich der Konkurrenz im Inland ist zu erwähnen, daß von einzelnen Seiten die Preise derartig heruntergedrückt wurden, daß ein Schritt halten mit dieser Konkurrenz ausgeschlossen erscheint. Es ist anzunehmen, daß die betreffenden Kartonnagenherzeuger ihre Kalkulationen unmöglich auf lauffähig richtigen Basis durchführen. Die ungarische Konkurrenz macht sich in letzter Zeit außerordentlich fühlbar. Bedeutende Abnehmer, die seit Jahren von österreichischen Firmen bedient wurden, waren infolge staatlicher Subventionen gezwungen, ihren Bedarf an Kartonnagen bei der ungarischen Konkurrenz zu decken, sofern nicht nachweisbar die Lieferung von Oesterreich zu einem günstigeren Preise erreicht werden konnte. Es war infolgedessen in vielen Fällen trotz billiger gestellter Preise nicht möglich, das Geschäft weiter zu erhalten, weil seitens der ungarischen Kartonnagenherzeuger stets die gleichen Preise offeriert wurden. Die ungarischen Kartonnagenherzeuger machen sogar alle Anstrengungen, Lieferungen nach Oesterreich zu erhalten, wobei ihnen in Oesterreich nicht jene Hindernisse in den Weg gelegt werden, denen die österreichische Industrie bei Lieferungen nach Ungarn stets begegnet. Die Zahlungsverhältnisse müssen auf den inländischen Märkten im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden und die Verluste waren im Berichtsjahre im Verhältnis zu den erzielten Umsätzen außerordentlich geringe. Da durch die jetzige Zollpraxis die Einfuhr von Briefordnern aus dem Auslande, namentlich aus Deutschland unterbunden ist, haben sich einige Kartonnagenwarenfabriken bereits auf die Erzeugung von Briefordnern und Schnellheftern geworfen und auch deutsche Fabriken sehen sich veranlaßt, Filialbetriebe in Oesterreich zu errichten. Sehr begrüßt wurde in der Branche, daß die I. I. Tabakregie zahlreiche neue Kartons zur Verpackung der Zigarren und Zigaretten eingeführt hat, von denen sie jedoch einen großen Teil in eigener Regie erzeugt.

**Die Gefahren der Zelluloidverarbeitung.**

Vor wenigen Tagen brachte der Telegraph die Nachricht, daß wiederum bei einem Brande in der Zelluloidverarbeitung 12 junge blühende Menschenleben dahingerafft worden sind. Wenige Minuten genügte, um zwölf frohe Menschen in jugendlichem Alter zu vernichten. Im Herzen Londons war eine Koffertenfabrik, in der zwanzig junge Mädchen und Burschen Zelluloid verarbeiteten. Alle Vorsichtsmaßregeln wurden unbeachtet gelassen. Mit offener Flamme wurde gehantiert, und was kommen mußte, geschah: ein Tropfen heißen Siegelacks genügte, um die Mengen Material in Brand zu setzen. Die Katastrophe war da. Nur ein Ausgang bot sich zur Rettung. Die von den Flammen Eingesperrten waren in wenigen Minuten Leichen.

Kann derartige Unglück auch bei uns vorkommen? Die Frage gestellt, heißt, sie leider mit ja beantworten zu müssen.

Eine Reihe ähnlicher Katastrophen hat unsere Anklächer schon aufzuweisen. Bei Straßburg i. Elz brannte ein Betrieb nieder, wobei 32 Menschenleben vernichtet wurden. Brände in Zelluloidbetrieben

haben innerhalb 15 Jahren insgesamt schon mehr als 50 Tote gefordert. Hierzu kommt die große Zahl Schwerverletzter.

Zur Errichtung und Veränderung von Anlagen zur Herstellung von Zelluloid ist behördliche Genehmigung nach § 18 der Gewerbeordnung erforderlich. Aber allgemeine Schutzvorschriften, die hierbei zu befolgen sind, fehlen. In Berlin hat wohl auf das Drängen der Arbeiter nach Schutz des Polizeipräsidium vor zehn Jahren Bestimmungen ausgearbeitet, die aber nur als Richtlinien den Beamten der Gewerbeinspektion dienen und sorgfältig geheim gehalten werden. Nicht einmal einem Reichstagsabgeordneten, der dieselben erbat, wurde ihr Inhalt mitgeteilt. Diese Instruktion wurde dann zwischen Vertretern der Regierung und der Unternehmerorganisation ohne Zuziehung von Arbeitern beraten. Die Bestimmungen sollen nur bei Neuanlagen und Umänderungen berücksichtigt werden. In den alten Betrieben bleibt alles beim alten. Im Herzen der Großstädte, so in Berlin im Zentrum, sind eine ganze Reihe Betriebe untergebracht, die bis hundert und mehr Arbeitskräfte beschäftigen. Die Feuerlöscheinrichtungen sind in derartigen Betrieben oft in äußerst vernachlässigtem Zustand. Nur vor wenigen Wochen in einem Betriebe Süddeutschlands die Arbeiterschaft mit einem Streik drohen, damit eine Erneuerung von Eimern usw. vom Unternehmer zugestanden wurde. Die Beseitigung der Späne und Abfälle läßt vielfach zu wünschen übrig. Mindestens den Tag zweimal und bei Arbeiten, bei denen ausnahmsweise viel Späne entstehen, alltündlich, müßten dieselben beseitigt werden. Aber die Arbeitskraft kostet Geld. Darum unterbleibt das Wegschaffen. Ganz besonders gefährlich ist, um Lohn zu sparen, die Beschäftigung einer über großen Zahl Jugendlicher, sowohl Mädchen wie Burschen.

Die Heimarbeit steht auf dem Gebiet in üppiger Blüte. Dadurch wird die Gefahr auch in die Wohnungen getragen. Sind doch mehrere Fälle zu verzeichnen, wo bei Heimarbeitern bei der Zelluloidverarbeitung Feuer ausbrach. In einem Falle wurde ein Ehepaar schwer verletzt, in einem anderen die Arbeiterin mit ihren Kindern durch die Dämpfe fast erstickt.

Seit Jahren drängen die Arbeiter nach gesetzlichem Schutz. Vom Holzarbeiterverband, unserem Verband und dem Fabrikarbeiterverband ist vor mehr als zwei Jahren dem Reichstag und dem Bundesrat eine dahingehende Petition zugegangen. Der Reichstag beschloß einstimmig, der Regierung dieselbe zur Berücksichtigung zu überweisen, aber der Bundesrat lehnte es ab und überwies die Regelung den Einzelstaaten.

Wenn die Unternehmer und ihre Vertreter einem gesetzlichen Schutz widerstreben, so ist das schon äußerst bedauerlich. Aber empörend ist es, wenn selbst in der Arbeiterpresse sich ein Organ findet, das mit den Unternehmern in dasselbe Horn stößt.

Die „Eiche“, das „Organ des Gewerbevereins der Holzarbeiter“, bringt in seiner Nummer vom 28. Juni einen Artikel in der Frage. Nach mehrfachen Wenn und Aber kommt der Verfasser zur Ansicht: Es sei gar nicht so gefährlich. Wenn es einmal anfang zu senken oder zu rauchen, so genüge ein Moment, die entstandene Gefahr zu beseitigen. Am Schluß wird der Artikelschreiber zum Schlußknappen des dreimal geheiligten Profits, indem er schreibt, die Verhältnisse, unter denen wir arbeiten, sind jetzt so sicher, daß wohl Arbeiter wie Unternehmer damit zufrieden sein können.

Demgegenüber sollte die neueste Brandkatastrophe in London ein warnendes Merkmal sein. Aufpeitschen sollte sie die in der Zelluloidindustrie Beschäftigten, damit diese wieder und wieder den Ruf nach gesetzlichem Schutz erschallen lassen, bis sie gehört werden. Der Verbandstag des Holzarbeiterverbandes hat seinen Vorstand beauftragt, erneut die besprochene Petition, ergänzt durch das neue Material, bei Reichstag und Bundesrat einzureichen. Aufgabe der Arbeiter überall im Reich muß es sein, der Petition durch das Anrufen der Öffentlichkeit den nötigen Nachdruck zu geben. (Vormwärts.)



**Gelesene Nummern der „Buchbinder-Ztg.“**  
 wirft man nicht fort, sondern gibt sie  
 : an nichtorganisierte Kollegen weiter. :



**Internationales.**

**Schweiz.** In Zürich weht heute, kurze Zeit nach dem Generalstreik, ein scharfer Wind. Eine Reihe nichtschweizerischer Genossen sind bereits aus dem Kanton Zürich ausgewiesen worden und von den übrigen, die noch eine Rolle in der dortigen Arbeiterbewegung spielen, weiß noch niemand, ob er nicht auch über kurz oder lang die „gastlichen“ Geilde Zürichs verlassen muß. Diese Ausweisungen sind an sich schon eine Schande für die freie Schweiz, widerwärtig aber wird das Schauspiel, wenn man sieht, mit welcher Infamie unsere Gegner, die die Morgenluft wittern, arbeiten. Unser Kollege Robert Albert hat bekanntlich in Zürich vor der preußisch-deutschen Klassenjustiz eine Zuflucht gefunden und er betätigt sich auch dort im Interesse der Arbeiterbewegung. Zurzeit ist er Redakteur des Schweizer Verbandsorgans. Diese seine Tätigkeit hat ganz naturgemäß eine Aenderung in der Haltung dieses Blattes gezeitigt — was keinen Tadel für die früheren Redakteure darzustellen braucht, denn dem Kollegen Albert steht eine langjährige journalistische Erfahrung zur Seite. Aber diese Tätigkeit ist dem Schweizer Meisterorgan ein Dorn im Auge. Wir fanden schon öfters hinterhältige Angriffe auf unseren Kollegen in dem Blatt; aber allem wird die Krone aufgesetzt durch zwei Notizen, die in dessen neuester Ausgabe enthalten sind. In ihrer Verteidigung der — unbedeutenden — christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz läßt sich das Blatt nämlich eine niedliche Denunziation gegen unsern Kollegen Albert zuschulden kommen. Die Tatsache, daß es diesem glücklicherweise gelungen ist, der oftmals sündlichen preußisch-deutschen, speziell Breslauer Justiz, zu entweichen, tischt das Blatt ausgerechnet jetzt, wenige Tage nach dem Generalstreik, ihren Lesern in sensationell aufgebauschter Form auf. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Meisterzeitung den Namen Alberts in der Liste der Ausgewiesenen vermißt hat und daß sie jetzt versucht, auf diesem Wege die Züricher Staatsgewalt auf diesen „lästigen Ausländer“ aufmerksam zu machen. Wie heißt es doch im Sprichwort: Der größte Schuft ...

Aber einmal ist einmal, denkt das Blatt und geschwind bringt es anschließend noch eine Notiz, in der es das Obige wiederholt, wobei es außerdem noch eine glatte Fälschung begeht. Es versucht nämlich festzustellen, daß selbst unsere Kollegschaft in der Schweiz von Alberts Tätigkeit wenig wissen will, und daß er ob seiner „Netzerei“ von der Zahlstelle Bern geriffelt werden sollte. Das ist blanke Schwindel, den das Meisterorgan zurechtmacht, indem sie einen Versammlungsbericht von dieser Zahlstelle glatt fälscht.

So ist das Leben auch in der freien Schweiz: Denunzianten, Fälscher und Schwindler zählen zu unsern „Freunden“.

**Korrespondenzen.**

**Gesperrt sind:**

**Oesterreich:**

**Wola (Firma Fischer).**

**Ungarn:**

**Fiume (die Firmen Kirchhoffer, Wert und Bratovich).**

**Schweiz:**

**Neuenburg (Firma Delachaux u. Niestlé).**

**Frankfurt-Offenbach a. M.** Die erste gemeinsame Generalversammlung am 13. Juli in Frankfurt a. M. erfreute sich eines guten Besuchs. Das Geschäftsbericht für Frankfurt erstattete Meh. Das 2. Quartal fiel leider nicht so günstig aus, wie es anfänglich vermuten ließ. Der Geschäftsgang in der Buchbinderei und auch in der Kartonnagenfabrikation ließ im allgemeinen zu wünschen übrig. Hierzu kommt, daß speziell in der Kartonnagenbranche so charakteristische Elemente vorhanden sind, die bei der geringsten Kleinigkeit dem Verband wieder den Rücken kehren.

Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 3. Quartals 245 männliche und 133 weibliche. Zur Gewinnung neuer Mitglieder wurden 10 Werkstätten und eine Kartonnagenversammlung sowie mehrere Hausagitationen abgehalten. In der Versammlung angelegentlich fanden zwei Sitzungen mit dem Offenbacher Zahlstellen-Vorstand statt. Außerdem fanden 1 Generalversammlung und 3 Mitgliederversammlungen statt.

Den Geschäftsbericht für Offenbach erstattete Fröhde. Die Mitgliederzahl betrug 70. Leider war es auch in Offenbach zum Teil durch schlechten Geschäftsgang und zum Teil durch den Indifferentismus der Kollegen nicht möglich, die Mitgliederzahl zu heben.

Den Kassenbericht für Frankfurt gab Imhoff, den für Offenbach Krüpflein.

Den Bericht vom Arbeitsnachweis gab Gule. Es meldeten sich arbeitslos 74 männliche und 14 weibliche Mitglieder. Stellen wurden gemeldet 35, von denen 2 besetzt werden konnten. Der Arbeitsnachweis wurde ab 1. Juli in das Bureau verlegt.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgenden Resultat: Als 1. Vorsitzender wurde Imhoff, als Schriftführer Greiner, als Beisitzer Fröhde, Getrost, Krüpflein und Trißhler, in den Vorstand wurden Meß, Hinfisch und Kaulich und als Beisitzer Gule und Manser gewählt. Zur Einrichtung unseres Bureaus wurden 200—250 Mk. bewilligt. Nachdem wurde noch bekanntgegeben, daß unser Ganausflug am 25. August stattfindet und wurde um zahlreiche Beteiligung er sucht. Zum Schluß dankte Meß den bisherigen Funktionären für ihre Mithilfeleistung.

**Potsdam-Nowawes.** Wenn wir jetzt zum ersten Male in diesem Jahre etwas von uns hören lassen, so ist die Ursache darin zu suchen, daß das Verbandsleben hier selbst gleichmäßig dahinflutet und wir keine größeren Differenzen zu verzeichnen haben. So erfreulich letzteres ist, so sehr müssen wir bedauern, daß bei den meisten Mitgliedern, namentlich bei den weiblichen, eine Gleichgültigkeit Platz gegriffen hat, die nicht länger dulden dürfen. Viele, darunter langjährige Mitglieder, denken immer noch, mit dem Beitragszahlen ihre Pflicht getan zu haben. Trotzdem wir in dieser verhältnismäßig ungünstigen Jahreszeit eine Mitgliederzahl erreicht haben, wie noch nie seit Weichen der Zahlstelle, wird der Versammlungsbesuch ein immer schlechterer, selbst die letzte, am 20. Juli fällige Generalversammlung war nur von einem Drittel der Mitglieder besucht. Auch mußte bei dem Kassenbericht konstatiert werden, daß sich bei einigen Mitgliedern immer mehr das Uebel einschleicht, mit den Beiträgen zu restituieren. Dieses muß anders werden, und wird in Zukunft jedes Mitglied, welches mit Resten abrechnet, in der Versammlung bekanntgegeben. Gerügt wurde das Fernbleiben der meisten Mitglieder von Neu-Babelsberg in den Versammlungen. Trotzdem wir diesen den Besuch derselben erleichtern, indem wir abwechselnd in Nowawes tagen, erscheinen sie nicht. Ebenfalls mußte das nicht ganz einwandfreie Verhalten einiger Kolleginnen bei der Firma Stein in Potsdam gerügt werden. Haben doch gerade die dort Beschäftigten alle Ursache, auf dem Posten zu sein, denn der dortige Werkführer versucht immer wieder, die Mädchen zu verlocken, die gesellschaftlichen Bestimmungen zu umgehen. Hoffen wir, daß die Mitglieder in Zukunft mehr am Verbandsleben teilnehmen, dann wird auch unser nächster Bericht günstiger lauten.

**Krefeld.** Bei reger Beteiligung fand am 20. Juli unsere Generalversammlung statt. Vauer gab den Geschäftsbericht. Es hatten stattgefunden: 1 Generalversammlung, 3 Mitgliederversammlungen und 3 Vorstandssitzungen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 2. Quartals 139 Mitglieder. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer Lehmann gegeben. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 1106,03 Mk., Einnahmen der Lokalkasse 299,25 Mk., die Ausgaben 247,26 Mk. Der Lokalkassenbestand am Schluß des 2. Quartals 666,17 Mk. Den Kassenbericht gab Meiswinkel. Nachdem referierte Gau-leiter Groenhoff, Elberfeld, über: „Was hat die Arbeitererschaft von der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu erwarten“. Die 1½ stündige fesselnde und leicht verständliche Rede fand reichen Beifall. Unter Punkt „Verschiedenes“ machte Vauer auf das am 28. Juli stattfindende Gewerkschaftsfest aufmerksam. Unsere nächste Versammlung soll in St. Tönis abgehalten werden. Daran anschließend findet eine Festlichkeit statt.

**Düsseldorf.** Am 20. Juli hielt die Zahlstelle ihre fällige Generalversammlung ab. Die sieben Punkte umfassende Tagesordnung fand eine sachgemäße und schnelle Erledigung. Unter „Geschäftlicher Mitteilungen“ berichtete Ernst von den Verhandlungen über Annäherungen der graphischen Verbände. In einer späteren Sitzung dürfte es nimmere, wenn auch noch nicht zu einem graphischen Kartell, so doch zu einer näheren Verbindung kommen. Im weiteren wurde auf den angeregten Auszug nach Mahrnet Mühle und auf unser Gewerkschaftsfest am 11. und 12. August hingewiesen. Der Vorsitzende ermahnte eindringlich die Kollegen und Kolleginnen, sich zahlreicher als wie in den vergangenen Jahren am Festzug beim Gewerkschaftsfest zu beteiligen. Durch die Laubheit der Mitglieder bei Vogel und auch sonstiger Sachen wegen machte sich eine Werkstattversamm-

lung notwendig. Hoffentlich bejähnen sich die Mitglieder — nicht nur die von diesem Betriebe — daß nicht nur das Zahlen der Beiträge, sondern auch die persönliche Mitarbeit des einzelnen uns zum Ziele führen kann. Im Warenhaus Tieg, hier, waren vom Faktor — angeblich auf höhere Verordnung — für das Hilfspersonal der Druckerei und Buchbinderei Abwesenheitslisten ausgegeben worden. Nach denselben mußten die Mädchen jeden Gang zur Toilette, Händewaschen usw. nach Minuten einzeln und war strikte Ausfüllung oder sofortige Entlassung in Aussicht gestellt worden. Dieser Einrichtung, die auf alle Fälle als Verstoß gegen die guten Sitten aufzufaßt werden muß, widersetzen sich zwei Mädchen und kündigten. Davon war eine bei uns organisiert. Da als Arbeiter der Faktor und der Vertrauensmann der Buchdrucker in Frage kamen, wurde die Sache in zwei Sitzungen, eine durch den Buchdruckerverband und eine durch unseren Verband besprochen und geregelt. Die Listen wurden wieder abgeschafft. Bedauerlich war die eilige Kündigung unserer Kolleginnen, bei einer Entlassung hätten wir besser eingreifen können. Nachdem wurde nach reger Aussprache eine Aenderung des § 16 des Ortsstatuts betreffend Arbeitsnachweis angenommen.

Nach dem Geschäfts- und Kassenbericht fanden im Quartal eine General-, eine Mitgliederversammlung, eine Werkstattbelegiertenitzung und drei Vorstandssitzungen statt. Vorträge wurden zwei gehalten, an geselligen Veranstaltungen ist unser Stiftungsfest zu erwähnen. Nach dem Kassenbericht hatte die Verbandskasse eine Einnahme von 1102,95 Mk., eine Ausgabe von 1099,16 Mk. und einen Bestand von 331,35 Mk. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von 1224,04 Mk. Der Mitgliederbestand betrug 170 am Quartalschluß. Die Entschädigung des 1. Vorsitzenden wurde von 5 auf 10 Mk. erhöht, und für den 2. Vorsitzenden auf 5 Mk. pro Quartal festgesetzt. Beim Punkt Neuwahl der Agitationskommission gab der Obmann derselben, Kollege Marschall, einen Tätigkeitsbericht. Nach diesem hatte die Kommission eine sehr umfangreiche und auch ersprießliche Tätigkeit entfaltet. Nur müssen sich dieselben Arbeiten außer den gewählten noch mehr Kollegen zur Verfügung stellen. Hier am Ort muß gerade bei der Agitation gearbeitet und immer wieder gearbeitet werden.

Im weiteren empfahl der Vorsitzende, eine Prüfung über von ihm ermittelte Zustände im Betriebe des „Zageblattes“ (Zentrumsorgan) vorzunehmen. Danach steht im Betriebe ein Kollege im Alter von 42 Jahren, verheiratet und Ernährer von 6 Kindern. Derselbe ist 15 Jahre im Betriebe und verdient 27,50 Mk. pro Woche. Vor kurzem nun wurde ein zweiter Buchbinder eingestellt, ebenfalls zum Minimallohn. Das erzielte die Wirkung, daß dem älteren Kollegen 3,50 Mk. pro Woche vom Lohn abgezogen wurden. Derselbe soll nun mit — nach Abzug der Versicherungsbeiträge — 22,95 Mk. seine siebenköpfige Familie erhalten. Auf seine bestehende Einwendung, der Tariflohn sei doch 27 Mk., wurde ihm zur Antwort, da hören wir uns nicht daran, wenn es ihm nicht passe, müsse er sich andere Arbeit suchen, auch könne er ja nach Feierabend zu Hause arbeiten und so sein Einkommen erhöhen. Also nach 15-jähriger Tätigkeit, in der der Betreffende seine Kräfte geopfert, wird durch den frommen Betrieb die Methode der größten Scharfmacher angewandt. Wie mag denn diese Handlung eigentlich zu der Schreiberei des Blattes über den Geburtenrückgang, die Mittelstandspolitik, die gleichen Interessen zwischen Arbeiter und Unternehmer und die Sozialdemokratie als Arbeitgeber passen? Auf der anderen Seite scheint man nicht so sparsam zu sein, sollen doch die zwei Direktoren ganz annehmbare Jahresgehälter beziehen. Auf einer Seite muß eben gepart werden, wurde doch in dem Betriebe recht deutlich geäußert, es wären überhaupt zu viel alte Leute da, das müsse mit der Zeit anders werden. Hat der in Frage kommende auch sein Leben lang an seinen Kollegen gesündigt, indem er sich nicht organisierte, so ist er doch von jedem zu bemitleiden. Für alle Berufsangehörige muß dieser Fall eine heilsame Lehre sein. Ob denn die „Graphische Stimmen“ von dem Fall bis jetzt nichts wußten, der zweite Gehilfe ist doch christlich organisiert? Aber nicht wahr, wenn man gegen die Sozialdemokratie in jeder Nummer schreibt, daß bringt mehr Ansehen im schwarzen Lager!

Nachdem noch einige Fragen erledigt und in die Agitationskommission die Kollegen Marschall, Gunkel, Kaufmann, Vogel, Nothe und Frommer gewählt wurden, erfolgte Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

**Bielefeld.** Am 27. Juli fand unsere leider nur von 26 Mitgliedern besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende rügte den schwachen Besuch der Versammlung und ermahnte die Kollegen, sich in Zukunft mehr am Verbandsleben zu beteiligen. Den Geschäftsbericht gab Geisler. Im zweiten Quartal fanden eine Generalversammlung und drei Mit-

gliederversammlungen statt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 5 Sitzungen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des zweiten Quartals 135 männliche und 35 weibliche Mitglieder. Den Kassenbericht gab Repohl. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 1158,40 Mk., die Ausgabe 293,71 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1523,74 Mk. einschließlich des Bestandes und eine Ausgabe von 135,66 Mk. Betont wurde, daß es im Interesse der Mitglieder sowohl wie des Kassierers läge, am Schluß des Quartals eine glatte Abrechnung geben zu können, und daß darum endlich einmal mit den Resten aufgeräumt werden müsse. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wies Geisler auf die kommenden Gewerkschaftswahlen hin. Er ersuchte die Mitglieder, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Weiter ersuchte er um Anteilnahme an der jetzt stattfindenden Hausagitation, damit wir den Midgang, welcher durch den flauen Geschäftsgang in den hiesigen Geschäftsbüchereifabriken eingetreten ist, wieder weitmachen und das Ziel, welches sich der Vorstand gesetzt hat, am Schluß des Jahres 200 Mitglieder zu zählen, erreicht wird.

**Eisenberg, S.-M.** Am 28. Juli wurde, wie alle Jahre, das Gewerkschaftsfest gefeiert. So zahlreich sich manche Gewerkschaft an dem Festzug beteiligte, so gleichgültig verhielt sich die große Masse unserer Kollegen und Kolleginnen. Von zirka 350 Mitgliedern waren im Festzug nur etwa 50—60 anwesend. Das beweist uns wieder die Minderwertigkeit der hiesigen Kollegen und Kolleginnen auf gewerkschaftlichem Gebiete. Wir verstehen, wenn sich manche alte Kollegen und Kolleginnen nicht am Festzug beteiligen, wohl aber konnte man die Teilnahme von der jüngeren Kollegenschaft erwarten. Die Eisenberger scheinen auf den in den letzten Lokalkämpfen errungenen Lorbeeren ausruhen zu wollen. Gibt es doch eine Masse von Kollegen und Kolleginnen, die es verstehen, an alle Kleinigkeiten eine schädliche Kritik anzuhängen, sonst aber in Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen sich nicht sehen lassen. Schämt man sich, sich mit seinen Kollegen und Kolleginnen zusammen zu lassen? Geben Euch nicht die immer und immer wiederkehrenden Lohnreduzierungen Anlaß zum Denken? Oder sind die Eisenberger Eisnarbeiter zufriedengestellt worden? Hoffentlich wird uns eine Antwort auf diese Fragen, aber nicht am Bierische, sondern in den Versammlungen, die monatlich einmal stattfinden, und die doch auch durch Zirkular und Zeitungsnotiz bekanntgegeben werden. Kollegen und Kolleginnen! Besucht zukünftig alle Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen. Nur eine gutgeschulte und geschlossene Kollegenschaft kann allen kommenden Ereignissen entgegenreten.

**Rundschau.**

+ Die Mindest- und Höchstleistungen, welche die Orts-Krankenkassen ihren Mitgliedern gewähren müssen, bzw. können, sind durch das Krankenversicherungs-Gesetz genau umgrenzt. Als Mindestleistungen wird vorgeschrieben eine Unterstützungsdauer von 26 Wochen; vom Beginn der Krankheit freie ärztliche Behandlung und Medizin, sowie Brillen, Bruchbänder u. a. Heilmittel. Des weiteren ein Krankengeld vom dritten Tage der Erwerbsunfähigkeit in Höhe der Hälfte des ortsüblichen oder von der Kasse festgesetzten Tagelohnes für jeden Wochentag, eine Wöchnerinnenunterstützung in Höhe des Krankengeldes bis zu der Dauer von sechs Wochen, sowie ein Sterbegeld im 20fachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes.

Ueber diese Grenzen hinaus steht es den Kassen frei, ihre Leistungen in folgendem Umfange zu erhöhen: Krankenunterstützung bis zu einem Jahr, und zwar schon vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit an und Ausdehnung auf die Sonn- und Festtage. Erhöhung des Krankengeldes bis zu ¾ des durchschnittlichen Tagelohnes bzw. des von der Kasse festgesetzten Lohnes. Freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause, Bade oder Genesungsheim und Zahlung der Angehörigen-Unterstützung bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes. Fürsorge für Nebensachleistungen. Freie Gewährung der erforderlichen Gebarmendienste und freie ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden, freie ärztliche Behandlung und Arznei für Familienangehörige der Mitglieder und Erhöhung des Sterbegeldes bis zum 40fachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes. Desgleichen kann ein Sterbegeld beim Tode der Ehefrau oder eines Kindes gewährt werden. Also ein recht umfangreiches Gebiet, daß unsern Arbeitervertretern in den Krankenkassen gesteckt ist. Leider zählen die Kassen zu den seltenen Ausnahmen, welche diese gesetzlich zulässigen Höchstleistungen für ihre Mitglieder und ihre Angehörigen eingeführt haben, während auf der anderen Seite an den gesetzlichen Mindestleistungen gar zu viele Kassen noch festhalten.



+ **Erwerbsunfähige Kranke bleiben Mitglieder ihrer Krankenkasse**, wenn sich die Krankheit an eine versicherungspflichtige Beschäftigung angeschlossen hat oder sie wegen der Krankheit entlassen worden sind. Gleichgültig ist es hierbei, ob die Entlassung sofort bei der Krankmeldung oder erst nach längerer Zeit geschieht. Diese Bestimmung ist deshalb von hoher Wichtigkeit, weil die Kranken als Mitglieder der Kassen Anspruch auf die volle statutenmäßige Unterstützung haben, wie ihnen weiter auch das Recht der Pflichtmitglieder zusteht, sich als Selbstzahler nach Beendigung ihrer Krankheit zu melden, und zwar acht Tage nach Beendigung der erwerbsunfähigen Krankheit.

Im Gegensatz hierzu haben diejenigen Kranken nur Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen, deren Arbeitsverhältnis vor Eintritt der Krankheit gelöst worden ist. Wie bereits früher an dieser Stelle darauf hingewiesen wurde, haben diese entlassenen Arbeiter nach drei Wochen nach ihrer Entlassung noch Anspruch an die Krankenkasse, wenn sie vorher mindestens drei Wochen ununterbrochen Mitglied einer Krankenkasse waren.

\* **Die Innungsmeister und der Arbeitswilligenklub.** Auf ihrem 25. Verbandstag in Chemnitz haben sich die sächsischen Innungsmeister auch mit dem Arbeitswilligenklub befaßt. Die Herren ließen sich von dem Schlossermeister Neuschild aus Dresden einen Vortrag über das Thema halten. Der Referent kam zu folgenden Schlussfolgerungen: Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich die Milde unserer Gesetzgebung zunutze gemacht, immer rücksichtloser erhebt die Sozialdemokratie ihr Haupt. Das Koalitionsrecht hat sich zu einer gefährlichen Waffe in den Händen der Arbeiter entwickelt. Nur mit Hilfe der Gesetzgebung ist hier Abhilfe zu schaffen. Das Streikpostenstehen muß strikte verboten werden, denn es ist in hohem Maße geeignet, die Arbeitswilligen von der Ausübung ihrer Tätigkeit abzuhalten. Deutschland kann den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, das freiestrichste Land zu sein. Die Ursache der großen Streikbewegung liegt nicht in der beabsichtigten Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern (!!) in der Erweiterung des sozialdemokratischen Machtgebietes. Das Grundübel bei Streiks sei das Streikpostenstehen. In der Diskussion wurde derselbe Faden fortgesponnen und auch auf den Boykott Bezug genommen. Namentlich das Leder- und Fleischergerwerbe habe darunter zu leiden. Ob seien es aber nicht Angehörige des betreffenden Gewerbes, die zum Streik heften, sondern bezahlte Agitatoren. Diese Leute, die nichts anderes seien als Schmarober und die Handwerker an den Weichfleisch bringen wollten, müßten als Heher wegen Landfriedensbruchs bestraft werden.

Man sieht, die Wünsche dieser Edlen von der Kunst bewegen sich auf der Höhe aller Scharfmachereiwünsche. Nachdem die Herren gegenseitig ihrem Herzen Luft gemacht hatten, nahmen sie folgende Resolution an:

Der 25. sächsische Innungstag in Chemnitz richtet das ergebene Ersuchen an die Reichs- bzw. Landesregierung, sie wolle im Interesse des ganzen Gewerbestandes, sowohl der Industrie als auch vor allem Tingen der Arbeiter und des Handwerks, für ein Verbot des Streikpostenstehens eintreten sowie einen Schutz der Arbeiter auf den Arbeitsstätten einführen.

Ferner forderte man eine Verschärfung des § 153 S.-O. und verlangte, daß die Anstiftung zum Boykott unter Strafe gestellt werde. Glücklicherweise ist die Durchführung dieser Wünsche nicht so einfach, wie sie aufgestellt werden.

\* **Partei und Gewerkschaft.** Die „Kölnische Volkszeitung“, das bedeutendste ultramontane Blatt, schrieb im Jahre 1892:

„Wenn von katholischer Seite der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, sie mißbrauche die Gewerkschaften für ihre Parteizwecke, so verstehen wir diesen Vorwurf nicht recht. Es ist ganz naturgemäß, daß der Einfluß der Gewerkschaften derjenigen Partei zugute kommt, die sich am meisten um dieselben gekümmert hat, und das ist zweifellos die Sozialdemokratie.“

Ferner im Mai 1899:

„Die Gewerkschaftsbewegung ist eine der bedeutungsvollsten Erscheinungen der Gegenwart, und sie wird es in immer wachsendem Maße werden. Wenn gegenwärtig noch die Sozialdemokratie auf die Bewegung den weitläufigsten Einfluß ausübt, so ist das in keiner Weise wunderbar; man muß eben anerkennen, daß sie sich der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter mit einem Eifer und einer Opferwilligkeit annimmt, an der alle Parteien sich ein Muster nehmen könnten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind denn auch ihre beste Truppe im politischen Kampfe.“

Wenn man auf „christlicher“ Seite mit deutlicher denunziatorischer Absicht fortwährend von „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften redet und schreibt, so kann man den „christlichen“ Herren die Aeußerungen dieses Blattes, das doch für sie als Autorität gelten muß, entgegenhalten.

\* **Genossenschaftliche Kultur.** Neben der kapitalistischen Wirtschaft gewinnt die genossenschaftliche immer mehr Bedeutung. In der Vereinigung großer Bevölkerungsschichten zu Genossenschaften, besonders zu Konsumtengenossenschaften aller Art, liegen die Keime zu gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Umnäherungen. Heute ist bereits ein deutlicher Gegensatz zwischen „kapitalistisch“ und „genossenschaftlich“ vorhanden, der sich auf einzelnen Gebieten des Wirtschaftslebens bereits zu einem Ringen um die Vorherrschaft entwickelt hat und in dem die Erfolgswahrscheinlichkeiten des Genossenschaftswesens unverkennbar sind. Als ein bedeutames Zeichen der Zeit muß es deshalb angesehen werden, daß sich jetzt eine Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur gebildet hat. Allerdings handelt es sich dabei um keine Neugründung, sondern um die Umnäherung der seit etwa 24 Jahren bestehenden Kulturgesellschaft Ernst Abbe. Aber diese Gesellschaft, die nur an den Namen des großen Jenaer Sozialphilosophen Ernst Abbe in geistiger Beziehung anknüpft und sich im übrigen für die genossenschaftlichen Bestrebungen einsetzt, ist durch die mächtige Entwicklung auf ihrem Arbeitsgebiete genötigt worden, sich klar und eindeutig als „Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur“ umzuorganisieren. Die Umnäherung wurde gelegentlich des ersten Gesellschaftstages von den Delegierten der Gesellschaft am 20. Juni im Leipziger Volkshause mit Einstimmigkeit vorgenommen.

Die neue Vereinigung bezweckt im besonderen erstens die Ausbreitung und Vertiefung genossenschaftlicher Ideen im gesamten Wirtschafts- und Kulturleben im Geiste des Wahlspruchs: „Alles für das Ganze und meinen Vorteil nur für das Ganze“, zweitens die Anregung zu gleichgerichteter genossenschaftlicher Praxis und drittens die Ausgestaltung ihrer Zeitung „Genossenschaftliche Kultur“ zu einem unabhängigen monatlichen Diskussionsorgan für genossenschaftliche Entwicklungen und Streitfragen.

Dem Beirat der Gesellschaft gehören neben anderen an die Herren: M. S. Baege, Dozent, Berlin; Leopold Kaiser, Volkswirtschaftler, Augsburg; Prof. Hob. Wilbrandt, Lübingen; Prof. Koennig, Kiel; Dr. Zmábe, Prag; A. Elschner, Optiker, Jena. Der Vorstand wird gebildet aus den Herren: Theodor Bauer, Reus, Dessau; Dr. Hob. Finkenmüller, i. Th. und R. Treum, Ingenieur, Fichtenau bei Berlin, Mittelstr. 7. Von letztgenannter Adresse können Interessenten gegen Einsendung von 10 Pf. für Versandkosten ausführliche Drucksachen erhalten.

\* **K. K. Warum treiben die Konsumvereine Eigenproduktion?** Massenkonsum kann nur durch Massenproduktion befriedigt werden. Daß man Massenproduktion nur rationell betreiben kann, ist auch eine Wahrheit, die nicht besonders begründet zu werden braucht. Nationale Betriebsweise setzt die Anwendung von Maschinen voraus. Maschinen, wie sie beispielsweise in Großbäckereien zur Anwendung gelangen, sind sehr teuer; sie erfordern große Kapitalien. Diese Kapitalien aufzubringen, ist dem Kleingewerbe unmöglich. Was dem einzelnen aber unmöglich ist, bringt der Zusammenschluß zustande. Die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion ist in der Lage, durch rationellen Maschinenbetrieb den Massenkonsum zu befriedigen.

Ein anderer Grund, warum die Konsumvereine Eigenproduktion betreiben, liegt auf dem Gebiete der Hygiene. Kein Bäckermeister darf abstreiten, daß die Herstellung von Backwaren in engen Räumen und dampfenden Kellern schwere Gefahren für die Gesundheit mit sich bringt, und daß Brot noch recht oft in unzureichenden Räumen hergestellt wird. Die Nahrungsmittelproduktion verlangt Licht und Luft, darum war es für die Konsumgenossenschaften, als sie die Brotproduktion aufnahmen, ein Gebot der Selbstverständlichkeit, die Betriebe zur Nahrungsmittelherstellung so auszustatten, daß sie gesundheitlich jede Prüfung bestehen. Auch hier half die Maschine die Aufgabe lösen, die alte Art der Mehlbehandlung, der Teigbereitung und des Backens, bei der die Menschenhand in allzu enge Berührung mit den Nahrungsmitteln kam, durch bessere Methoden zu ersetzen. Der gesundheitlich nicht einwandfreie Dampfbetrieb mußte durch die Tätigkeit der Maschine abgelöst werden. Auch hier war die Voraussetzung die kapitalkräftige Organisation, wie sie mit der Konsumgenossenschaft gegeben ist. Das heißt selbstverständlich nicht, daß alle private Herstellung gesundheitliche Gefahren in sich birgt. Auch die private Nahrungsmittelherstellung kann einwandfrei sein, sofern sie sich der Maschinen bedient.

Noch ein anderer Grund war maßgebend für die Inangriffnahme der Nahrungsmittelherstellung durch unsere modernen Konsumgenossenschaftlichen Organisationen. Die Arbeitsverhältnisse in den Kleinbetrieben der Nahrungsmittelherstellung waren ganz gewiß nicht ohne schwere Mängel. Sollte die bisherige Produktionsweise fortgebildet werden, so mußten auch die Arbeitsverhältnisse eine Um- und Fortbildung erfahren. Zwölf- bis vierzehntägige Arbeitszeiten und geringe Entlohnungen sind nicht geeignet, die Arbeitsverhältnisse in einem technisch musterträchtig eingerichteten Betrieb als gut erscheinen zu lassen. Hier galt es für die Eigenproduktionsbetriebe der Konsumvereine, der Fortbildung des Arbeitsverhältnisses die Wege zu ebnen. Im großen und ganzen, so darf man wohl sagen, ist die Aufgabe, wenn nicht gelöst, sicher aber auf dem Wege zu ihrer Lösung. Sicher ist immer der gute Wille vorhanden, Mängel, die hier und da auftreten, auszumergen. Die in der Konsumgenossenschaftsbewegung lebenden Tendenzen, die für die Arbeit der Bewegung maßgebenden Grundzüge garantieren auch die Fortbildung der Arbeitsverhältnisse.

Demnach wurden die Eigenproduktionsbetriebe unserer Konsumgenossenschaften nicht ins Leben gerufen, um unsere Kleingewerbetreibenden zu ärgern, nicht um den Konsumenten die Ansicht zu suggerieren, alle Produkte der kleinen Handwerksmeister seien minderwertig, sondern die Eigenproduktionsbetriebe der Konsumgenossenschaften stellen eine Fortbildung der Art unserer Bedarfsdeckung dar. Die Konsumvereine können es den Konsumenten ruhig überlassen, das Bessere zu wählen.

\* **X. Fleishteuerung.** Die verhängnisvolle Fleishteuerung des vorigen Jahres war, so wurde es im Parlament und auf den Tagungen der Agrarier von den Junkern und ihren Freunden in der Regierung verkündet, ein Werk der Zeitungen. Unsere Agrarier erklärten durch die Regierung und im Parlament, erstens bestesse die Fleischnot nur in der Phantastie der oppositionellen Presse, zweitens handle es sich bei der Fleischnot um eine unabwehrbare Schickung des Himmels, gegen die nun einmal nichts zu machen sei. Auf der diesjährigen landwirtschaftlichen Woche wurde mit einem großen Aufgebot schön frisiertem Zahlenmaterials der Nachweis versucht, daß die deutsche Landwirtschaft durchaus in der Lage sei, das deutsche Volk ausreichend mit Fleischnahrung zu versorgen, daß deshalb alle Maßnahmen zur Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch zu verwerfen seien. Tatsächlich sind ja auch solche Maßnahmen unterblieben, und mit Hohn und Spott wurde von der Regierung die Mahnung derjenigen zurückgewiesen, die darauf hinwiesen, daß die schwersten Folgen der Futternot und Fleischnot sich erst im kommenden Jahre zeigen würden, wenn nicht rechtzeitig für eine ausreichende Versorgung des deutschen Volkes mit ausländischem Vieh und Fleisch gesorgt würde.

Jetzt zeigt sich unwiderleglich, daß die Mahner von damals recht behalten haben und daß die Regierung und die Agrarier wieder einmal die Verhältnisse nicht richtig übersehen oder falsch dargestellt haben. Wir stehen vor einer Fleishteuerung, die vielleicht noch schlimmer wird als die des Vorjahres. Das beweist ein Blick auf die amtlichen Marktberichte. Die Fleischpreise sind in den letzten Wochen in geradezu erschreckender Weise gestiegen, um 5 bis 7 Mk. pro Zentner Schlachtgewicht bei Schweinen, ebenso bei den Mähdern und noch weit mehr bei Hammeln. Hammelfleisch wird zu einem Luxusartikel, der Preis pro Pfund ist um 40 bis 50 Pf. gestiegen. Im Fleischhandel macht sich die Erhöhung der Preise erst langsam fühlbar; aber in wenigen Wochen wird unsere minderbemittelte Bevölkerung den Fleischgenuß ganz erheblich einschränken, wenn nicht ganz aufgeben müssen. Die Agrarier können diesmal nicht so leicht das alte Taschenspielerstückchen versuchen, die Fleischer für die Preisserhöhung verantwortlich zu machen. Gerade das Fleischergerwerbe ist durch die jüngste Entwicklung der Verhältnisse auf dem Viehmarkt in eine außerordentlich schwere Krise geraten. Es ist kein Vieh aufzutreiben und bei dem geringen Angebot schneller natürlich die Preise in die Höhe. Es zeigen sich jetzt die von allen Einsichtigen vorausgesagten Folgen der Futternot des vorigen Sommers und der passiven Haltung der Regierung. Bei dem Futtermangel im vorigen Sommer haben die landwirtschaftlichen Viehproduzenten Maubau schlimmster Art getrieben. Sie haben alles Vieh zu allfälligen Preisen verkauft, da die Aufzucht und Wäpfung zu teuer geworden wäre. Alle Mahnungen des Landwirtschaftsministers und der Landwirtschaftskammern mußten natürlich ihre Wirkung auf den Viehproduzenten verfehlen, wenn er durch die künstliche Abperrung des ausländischen Viehes in der Lage war, für sein Vieh auch bei geringem Gewicht enorme Preise zu erzielen, während die weitere Aufzucht und Wäpfung infolge der hohen

Futterpreise unrentabel erschein. Dieses Ramschen mit dem Vieh nach dem vorigen Herbst gab dem preussischen Landwirtschaftsminister auch die Möglichkeit, die Existenz der Fleischnot durch die Anführung großer Zahlen zu befreien. Es wurden dabei freilich nur die Stückzahlen genannt, aber nicht erwähnt, daß das verkaufte Vieh weit unter dem normalen Gewicht war. Jetzt sind die Ställe leer. Bei den kolossalen Preisen verkaufen die Agrarier, was zu verkaufen ist, aber es ist eben nichts mehr da. Das wird natürlich auch seine Folgen für die Zukunft haben. Wenn jetzt alles Vieh auf den Markt gebracht wird, dann haben wir natürlich im nächsten Jahre wieder eine Fleischnot. Die Fleischnot wird chronisch in Deutschland, und es läßt sich nicht länger leugnen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht imstande ist, das Bedürfnis des deutschen Volkes nach Fleischnahrung zu decken. Die Einfuhr ausländischen Schlachtviehes muß erleichtert werden durch Aufhebung der Zölle und der größtenteils schikanösen Einfuhrbeschränkungen.

Die ungesunde Zunahme des Kleinbetriebs im Handels- u. Gewerbe. Die Mittelständler betreiben eine Politik, als wenn der Staat verpflichtet wäre, alle Kleinhandl. über Wasser zu halten. Daher ihr unnützer Kampf gegen Warenhäuser und Konsumvereine. Die Statistik zeigt aber, daß eine Vermehrung der Kleinhandelsbetriebe weit über den Rahmen des Bedürfnisses hinaus erfolgt.

Die Hauptbetriebe im Warenhandel haben sich nach den Gewerbezahlungen von 1882, 1895 und 1907 von 351 738 auf 528 885 und 709 231, also um 50,3 und 34,1 Proz. vermehrt. Der Tabakhandel hat von 1895 bis 1907 um 126,3 Proz., der Drogeriehandel um 180 Proz., der Kolonialwarenhandel um 62,8 Proz. zugenommen, während die gesamte Bevölkerung sich in dieser Periode nur um 19,4 Proz. vermehrt hat.

Bei einem durchschnittlichen Umsatz von je 40 000 M. würden daher jährlich etwa 7500 neue Geschäfte gegründet werden können, während seit 1882 jährlich tatsächlich 14 299 Warengeschäfte, davon also mindestens 13 500 Detailgeschäfte, entstanden sind. Es werden also jährlich fast doppelt soviel Geschäfte gegründet, als sie eine Existenz finden können. Diese Ueberfüllung des Detailistenstandes ist daher in Wahrheit neben sonstigen, besonders auch persönlichen Ursachen, schuld an der schlechten Lage mancher Detailgeschäfte.

Im Lebensmittelhandel liegen die Zustände besonders ungünstig. Nach der gewerblichen Betriebszählung gab es 1882 im Deutschen Reich 153 819, nach der von 1895 205 863 und nach der von 1907 537 598 Handelsgeschäfte, die sich mit dem Vertriebe von Nahrungs- und Genussmitteln befaßten. In diesen Ziffern waren die sogenannten Teilsbetriebe, deren Inhaber noch einer anderen Geschäft- oder Berufstätigkeit nachgeht, mit einbe-

griffen. Nicht darin enthalten war aber die gleichfalls ständig anwachsende Zahl von offenen Verkaufsstellen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, also die Ladengeschäfte der Bäckereien, Fleischerieien, Kaffeebrennerieien und Schokoladenfabriken usw. Trotz dieser Abstriche betrug die Vermehrung der Lebensmittelgeschäfte im Deutschen Reich in diesen 25 Jahren 119 Proz., während sich die Bevölkerung im gleichen Zeitraum nur um 37 Proz., also noch nicht um den dritten Teil, vermehrte. Enffiel im Jahre 1882 ein Nahrungs- und Genussmittelgeschäft erst auf 294 Personen, so 1895 bereits auf 251 und 1907 schon auf 183 Einwohner. Die Folgen einer betriebl. Ueberfüllung des Lebensmittelhandels liegen auf der Hand. Der einzelne Kaufmann muß aus seinem immer kleiner werdenden Umsatz trotzdem die notwendigen Geschäftskosten und seinen Lebensunterhalt herauswirtschaften. Er kann dies nur durch Herabdrücken der Güte der Waren oder durch weiteres hinausschieben der Preise. Der unorganisierte Konsumt aber ist mehrlos diesen ihn benachteiligenden Zuständen ausgeliefert. Erst der Beitritt zu einem Konsumverein, dessen ganzes Wirken auf eine rationelle Gestaltung des Warenvermittlungsgeschäftes gerichtet ist, kann ihn aus dieser Kalamität befreien. Die preussische Regierung aber hält es für ihre vornehmste Aufgabe, diese Organisationen der Selbsthilfe der arbeitenden Bevölkerung nach Möglichkeit zu drangsalieren und womöglich zu vernichten.

## ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsw.) Sitz Leipzig.

### Hauptversammlung

mit der Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht,
2. Neuwahl der Ortsverwaltung,
3. Verschiedenes

findet statt in

**Donn., Samstag, den 3. August, abends 7/8 Uhr, im Restaurant König, Bonnengasse 4, I. Etage.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Buchbinder-Verband.

#### Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß am 24. Juli d. J. unser Kollege

**Arthur Luther**

in Leipzig verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Am 24. Juli d. J. starb in Leipzig unser Kollege

**Artur Luther.**

Wir verlieren in demselben einen Braven u. treuen Kollegen, welcher jederzeit für die Interessen seiner Mitmenschen tätig war.

Ehre seinem Andenken.

Die organisierte Kollegenschaft der Fa. W. Kämmerer, Berlin.

### Sichere Existenz

bietet mein ländl. Geschäftshaus tüchtig. Buchbinder und Buchhändler. In ungr. groß. Industrieorte fehlt diese Branche. Verkaufspreis günstig. **Emil Zähne, Oberoderwitz b. Bittau.**

Gesucht per sofort

**Tüchtiger Pressergolder.**

**Buchbinder,**

welcher perfekt am Dreischneider ist.

**Buchbinder**

für Schneidemaschine. Mädchen für die Buchdrabstheilmaschine.

**Mohr & Meder, Großbuchbinderei, Frankfurt a. M., Rothdorferstr. 18.**



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt  
**O. Th. Winckler, Leipzig**

**Inserate** finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beifügt ist.

Verbandsmitglieder, welche die

### deutsche und die nordischen

— schwedische, dänische, evtl. auch holländische — Sprachen so beherrschen, daß sie Uebersetzungen ausführen können, werden um Bekanntgabe ihrer Adressen an die Redaktion, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I., ersucht.

## Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 24. August 1912:

## Mondscheinfahrt

nach dem Wendenschloss

verbunden mit **Gr. Sommernachtsball** in beiden Säten.

### Garten-Konzert :: Fackelzug.

Um 1/2 Uhr Kaffeekochen.

Abfahrt der Dampfer ab Waisenbrücke (Kahnt & Hertzner) pünktlich 8 Uhr abends.

**Hin- und Rückfahrt-Billett 75 Pf.**

Billets sind bei den Werkstattvertrauenspersonen, in allen Zahlstellen und im Bureau zu haben. Billets, die bis Montag, den 19. August d. Js., nicht zurückgegeben sind, gelten als verkauft.

Die Ortsverwaltung.

## Lohntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1,— M., einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 M.

### Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 50 Pf., einschließlich Porto für Nichtmitglieder 1,10 M.

## Tüchtiger Buchbinder

für Spielkarten- und Pappwarenfabrik in Korfu gesucht. Nur selbstständige Kraft kommt in Betracht.

Offerten mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen usw. unter **R. 811** an die Exped. ds. Bl., Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.